Wie einheitlich sollte DIE LINKE sein?

© DiG | TRIALON

Einheitliches Erscheinungsbild in den kleinen Zeitungen, im Internet, bei Flugblättern und Kandidatenvorstellungen

Begrifflichkeiten

CORPORATE IDENTITY

- Unternehmensidentität
- abgestimmter Einsatz von Verhalten, Kommunikation, und Erscheinungsbild nach innen und nach außen
- repräsentiert die Gesamtheit der Charakteristika, die »Persönlichkeit« einer Organisation
- Vermittlung dieser Identität mittels konsistentem Handeln, Kommunizieren, visuellem Auftreten
- Ziel ist die stabile Wahrnehmung eines einheitlichen Ganzen mit einem spezifischen Charakter

CORPORATE IDENTITY

- umfasst
  - Unternehmensphilosophie
  - Leitbild
  - Begrifflichkeiten
  - Handlungsrichtlinien
  - Namen
  - Logo
  - weitere Zeichen
  - Unterscheidungs- und Alleinstellungsmerkmale
  - das besondere Versprechen als Marke

CORPORATE IDENTITY

- besteht aus
  - Corporate Design – visuelle Identität
  - Corporate Communications – Unternehmenskommunikation
  - Corporate Behaviour – Verhalten (auch untereinander!)
  - Corporate Philosophy – Selbstverständnis
  - Corporate Culture – Unternehmenskultur
  - Corporate Wording – sprachliche Identität

CORPORATE DESIGN

- gesamtes Erscheinungsbild eines Unternehmens oder einer Organisation
- Ziel: höchstmögliche Wiedererkennbarkeit
- Gestaltung aller Elemente und Mittel nach einheitlichen Gesichtspunkten (Werbekonstanten)
  - Plakate, Handzettel,
  - Folder, Broschüren, Zeitungen
  - Briefbögen, Visitenkarten, sonstige Geschäftsausstattung
  - Websites, Foren, Blogs
  - Ausgestaltung von Geschäftsstellen, Veranstaltungen
  - Kleinwerbemittel
- praktischer Nutzen (Form follows Function)

CORPORATE DESIGN

- definiert
  - Signet und den Umgang damit
  - Farben
  - Formen
  - Schriften
  - Formate
  - Material

Corporate Design DIE LINKE

DIE LINKE.

- www.die-linke.de/service/download/erscheinungsbild
  - Logo in alle Varianten
  - Leitfaden »Zum Umgang mit der Marke«
  - Gestaltungsrichtlinien für die Geschäftsausstattung
  - Dokumentvorlagen für die Geschäftsausstattung

- Farben:
  - Wir sind die Roten: HKS 14
  - schwarz
  - viel Weißraum
- Hausschrift:
  - Corporate
- Headlines:
  - Corporate E, regular
- Brotschrift:
  - Corporate S, regular, italic, extrabold
- weitere Schriften:
  - Meta, Officina, Helvetica Inserat

Zum Umgang mit der Marke DIE LINKE

© DiG/TRIALON Stand 22. Mai 2007

Grundsätzliches

Unterschieden wird zwischen politischen (satzungsgemäßen/amtlichen), werblichen und textlichen Anwendungen.

Die satzungsgemäße/amtliche Bezeichnung der Partei lautet: »DIE LINKE«.

1. Politische Anwendungen (satzungsgemäß)

1.1. Der Schriftzug DIE LINKE wird konsequent in Versalien (Großbuchstaben) und nicht kursiv benutzt. Werden zum Schriftzug Verbands- oder Fraktionszusätze verwendet, so werden diese durch einen Punkt mit dem Schriftzug DIE LINKE verbunden (siehe 1.2.).

1.2. In Satzungs- und anderen rechtsverbindlichen Dokumenten wird die amtliche Bezeichnung der Partei »DIE LINKE« in den entsprechenden Kombinationen verwandt, wie:

1.2.1. Bezeichnung der Gliederungsebenen

- DIE LINKE. Landesverband Nordrhein-Westfalen (in der Kurzform: DIE LINKE. Nordrhein-Westfalen)
- DIE LINKE. Kreisverband Barnim (in der Kurzform: DIE LINKE. Barnim)
- DIE LINKE. Stadtverband Dresden (in der Kurzform: DIE LINKE. Dresden)

Zwischen DIE LINKE. und der nachfolgenden Ortsbezeichnung steht ein Leerzeichen.

1.2.2. Bezeichnung der Fraktionen

- DIE LINKE. im Bundestag
- DIE LINKE. Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen
- DIE LINKE. Fraktion im Kreistag des Landkreises Dahme-Spree
- DIE LINKE. Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Bielefeld

1.2.3. Bezeichnung der Funktionsträger/innen

- Parteivorstand der Partei DIE LINKE
- Vorsitzende/r der Partei DIE LINKE
- Bundesgeschäftsführer/in der Partei DIE LINKE
- Vorsitzende/r des Landesverbandes Brandenburg der Partei DIE LINKE
- Vorsitzende/r des Kreisverbandes Parchim der Partei DIE LINKE
- Vorsitzende/r des Stadtverbandes Frankfurt der Partei DIE LINKE

1.2.4. sonstige Bezeichnung

- Bundessatzung der Partei DIE LINKE
- Schiedsordnung der Partei DIE LINKE
- Bundesfinanzordnung der Partei DIE LINKE usw.

2. Werbliche Anwendungen

2.1. In allen werblichen Anwendungen (als Signet) der Partei und ihrer Gliederungen sowie der Bundestagsfraktion und der anderen Fraktionen kommt das Signet

DIE LINKE.

(Versalien, kursiv, mit Punkt) zum Einsatz.

Das Signet wird bei der Bundestagsfraktion mit der Unterzeile »im Bundestag« und bei den Landesverbänden mit einer definierten einzeiligen Landesbezeichnung als Unterzeile ergänzt.

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

DIE LINKE.
LANDESVERBAND XYZ

Die Gestaltung ist als Wort-Bild-Marke definiert und enthält als Gestaltungselement weiterhin den Punkt. Das Signet wird als Datei für die verschiedenen Anwendungen zum Download zur Verfügung gestellt.

DIE LINKE.
LANDESVERBAND BAYERN

DIE LINKE.
LANDESVERBAND BERLIN

DIE LINKE.
LANDESVERBAND BREMEN

DIE LINKE.
LANDESVERBAND HAMBURG

DIE LINKE.
LANDESVERBAND HESSEN

DIE LINKE.
LANDESVERBAND SAAR

DIE LINKE.
LANDESVERBAND SACHSEN

DIE LINKE.
BADEN-WÜRTTEMBERG

DIE LINKE.
BRANDENBURG

DIE LINKE.
MECKLENBURG-VORPOMMERN

DIE LINKE.
NIEDERSACHSEN

DIE LINKE.
RHEINLAND-PFALZ

DIE LINKE.
SACHSEN-ANHALT

DIE LINKE.
SCHLESWIG-HOLSTEIN

DIE LINKE.
THÜRINGEN

BAYERN
BERLIN
BREMEN
HAMBURG
HESSEN
SAARLAND
SACHSEN
BADEN-WÜRTTEMBERG
BRANDENBURG
MECKLENBURG-VORPOMMERN
NIEDERSACHSEN
NORDRHEIN-WESTFALEN
RHEINLAND-PFALZ
SACHSEN-ANHALT
SCHLESWIG-HOLSTEIN
THÜRINGEN

Bis zu dieser Wortlänge wird das Land durch den Zusatz »Landesverband« ergänzt.

9°
Schutzraum
DIE LINKE.
LANDESVERBAND X Y Z
a
a
a
b
c
c
b

2.2. Das Signet unterhalb der Landesebene besteht aus dem Signet der Partei und einem Zusatz, der erforderlichen juristisch exakten Bezeichnung der jeweiligen Gliederungsebene.

Aufgrund unterschiedlicher Längen der Zusätze lässt sich keine einheitliche grafische Signet-Form in Gestalt einer kompakten Wort-Bild-Marke herstellen.

Deshalb wird den Gliederungen unterhalb der Landesebene das Signet »DIE LINKE.« als Download zur Verfügung gestellt. Unter Verwendung einer serifenlosen Schrifttype (Corporate S) wird das Signet mit den geografischen Zusatzbezeichnungen kombiniert, entsprechend den nachfolgenden Beispielen:

DIE LINKE.
Kreisverband Wittenberg

DIE LINKE.
Kreisverband
Rendsburg-Eckernförde

DIE LINKE.
Kreisverband Märkischer Kreis

DIE LINKE.
Kreisverband Ostwestfalen-Lippe

DIE LINKE.
Kreisverband
Allgäu-Memmingen-Unterallgäu

DIE LINKE.
Bezirksverband
Friedrichshain-Kreuzberg

DIE LINKE.
Stadtverband Dresden

DIE LINKE.
Stadtverband Neubrandenburg

Definition der Farben

- C:0 M:0 Y:0 K:100, R:0 G:0 B:0, #000000, Schwarz
- C:0 M:100 Y:100 K:0, R:255 G:0 B:0, #FF0000, HKS 14
- C:0 M:0 Y:0 K:40, R:153 G:153 B:153, #999999, 40% Schwarz
- C:0 M:0 Y:0 K:0, R:255 G:255 B:255, #FFFFFF, Weiss

3. Textliche Anwendungen

3.1. In eigenen Publikationen wird entsprechend dem Namen der Partei konsequent mit der Bezeichnung »DIE LINKE« operiert. Dabei entfällt der Punkt. Beispiele dafür sind:

- ein Arbeitsloser, dem DIE LINKE half,
- viele junge Leute, die DIE LINKE unterstützen,
- Bernburger Kreistagsfraktion DIE LINKE,
- Fraktion DIE LINKE im Gemeinderat von Tübingen.

Falls eine Deklination erforderlich ist, wird z.B. folgende Schreibweise angewandt:

- Anhängerin der LINKEN,
- Bernburger Kreistagsfraktion der LINKEN.

Unberührt von aufgeführten Beispielen bleiben satzungsgemäße Anwendungen, wie z.B. DIE LINKE. Landesverband Brandenburg oder DIE LINKE. Brandenburg.

3.2. Journalistinnen und Journalisten werden die unterschiedlichsten Kombinationen für eine Bezeichnung der Partei DIE LINKE verwenden (z.B. Linkspartei, die Linke, die Linken etc.). Aber auch bei ihnen wollen wir die Bezeichnung »DIE LINKE« durchsetzen, insbesondere die Schreibweise in Versalien und nicht kursiv.

Folder

Krippen und Kindergärten sind familienbegleitende Einrichtungen. Die Ganztagsbetreuung schafft für die Kinder Angebote, die die meisten Familien nicht machen können. Sie ersetzen nicht die Familie, sondern bereichern das Leben aller Familienmitglieder durch ihre Möglichkeiten und Angebote. Sie entlasten Eltern und ermöglichen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
Darum: *Ganztägige Erziehung, Bildung und Betreuung in Kitas stärkt die Kinder ebenso wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Sie sind eine kompetente Unterstützung für alle Eltern. Deshalb wollen wir familiengerechte Öffnungszeiten und verbindliche Mitbestimmungsrechte.*

Deutschland ist Schlusslicht in Europa, was die formale Qualifikation der ErzieherInnen-Ausbildung angeht. Eine Hochschulausbildung der Kita-PädagogInnen wäre ein Signal für die Aufwertung der frühkindlichen Bildung und Erziehung in der Gesellschaft. Wie in anderen europäischen Ländern müssen das Niveau der Ausbildung angehoben und die Arbeitsbedingungen und Bezahlung der Beschäftigten in Krippen und Kindergärten verbessert werden.
Darum: *Erziehung, Bildung und Betreuung für die Kleinsten erfordern eine gute Ausbildung und angemessene Bezahlung der Fachkräfte. Deshalb wollen wir eine gemeinsame und praxisorientierte Hochschulqualifikation für ErzieherInnen und LehrerInnen. Die Arbeit in Krippen und Kindergärten muss gesellschaftlich besser anerkannt und entsprechend tariflich bezahlt werden.*

Kinder brauchen Kitas!

Das sind unsere Vorschläge. Dazu bieten wir Ihnen Gespräche und Zusammenarbeit an.

Kontakt

Parteivorstand der Partei DIE LINKE
Karl-Liebknecht-Haus
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin
Telefon: 030/2 40 09-0
Telefax: 030/2 41 10 46
parteivorstand@die-linke.de

Mitglied werden!
Telefon: 030/24 00 95 55
http://mitglied.die-linke.de

Überreicht durch:

Kinder brauchen Kitas!

Wenn es um Kinder geht, bemühen viele Parteien und Politiker gerne die Zukunft. Denn die Gegenwart sieht trübe aus. Zirka 2,5 Millionen Kinder leben offiziell in Deutschland in Armut. Kinder und ihre Familien gehören zu den Hauptleidtragenden der unsozialen Hartz-IV-Gesetze. Kindergärten sind die ersten außerfamiliären Einrichtungen, die von rund 60 Prozent aller dreijährigen Kinder in Deutschland besucht werden. Aber nur für etwa 14 Prozent der Kinder unter drei Jahren gibt es überhaupt Plätze; in Westdeutschland sogar nur für etwa 8 Prozent. Vor allem aber existiert im Westen Deutschlands nicht annähernd ein bedarfsdeckendes Angebot an Ganztagsplätzen.

Das soll nun besser werden, sagt die Regierung. Aber noch kommt wenig in Gang. Es ist höchste Zeit, die Angebote zur frühkindlichen Förderung für alle Kinder zuverlässig zu sichern und Eltern überall die Möglichkeit zu geben, Familie und Beruf miteinander zu verbinden. Beides wird weder mit einem Platzangebot von 750.000 Plätzen für Kinder unter drei Jahren erreicht noch mit dem derzeitigen Angebot an Ganztagsplätzen für Kinder von drei bis sechs.

Uns geht es um die Kinder! DIE LINKE will sich vor Ort gemeinsam mit Betroffenen dafür einsetzen, dass das Mögliche endlich auch gemacht wird. Wir wollen keine großen Sprüche klopfen, sondern praktische Veränderungen herbeiführen.

Worum geht es?

Kitas leisten einen grundlegenden Beitrag zur Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit, Chancengleichheit und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Sie sind der elementare Teil unseres Bildungs- und Erziehungssystems.
***Darum** fordern wir gleiche Bildungschancen für alle von Anfang an! Die solidarische Begleitung und Förderung von Kindern, ihre gemeinsame Erziehung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gehen uns alle an.*

Der Besuch von Kitas darf kein Privileg sein. Jedes Kind muss das Recht auf allseitige Unterstützung und Förderung seiner Fähigkeiten haben und dies unabhängig von seiner sozialen Herkunft, seines Geschlechts, seiner Nationalität oder Hautfarbe.
***Darum:** Auf Erziehung, Bildung und Betreuung haben Kinder ein Recht. Kinderrechte sind Menschenrechte und dürfen nicht käuflich sein. Sie sind keine Ware. Deshalb wollen wir beitragsfreie Kita-Plätze für alle.*

Kinder lernen von Anfang an – am besten und am liebsten gemeinsam mit anderen Kindern. Kitas fördern ihre Entwicklung zu Selbstständigkeit und Eigenaktivität, sozialer Verantwortung und Toleranz, zum Aufbau ihrer emotionalen und kreativen Kräfte. Beim Spracherwerb sind die ersten Lebensjahre von besonderer Bedeutung. Kitas sind Ort vieler Bildungsprozesse, Kinder sollen hier durch ein breites Angebot an Erfahrungsmöglichkeiten wichtiges Grundlagenwissen erhalten.

***Deshalb** fordern wir, den Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz vom ersten Lebensjahr an sofort gesetzlich zu verankern. Um ihn einzulösen, brauchen wir ein Ausbauprogramm und eine Finanzierung, zu der Bund, Länder und Kommunen beitragen müssen.*

In Krippen und Kitas wird altersangemessen beim Spielen gelernt. Wir wollen nicht die Schule in die Kita vorziehen, sondern Raum bieten für individuelle und ganzheitliche Begleitung der Selbstbildungsprozesse eines jeden Kindes.
***Darum:** Erziehung, Bildung und Betreuung dürfen kein Karrierewettbewerb werden. Sie müssen sich an den demokratischen Grundwerten, Toleranz, Persönlichkeitsentwicklung und Selbstbestimmung orientieren. Deshalb wollen wir kleine Gruppen, in denen Kinder altersgerecht und solidarisch spielend lernen können.*

Wir wollen integrative Kitas. Die gemeinsame Erziehung von behinderten und nichtbehinderten Kindern ist eine Bereicherung für alle. Integrative Erziehung weckt die Aufmerksamkeit füreinander, verstärkt das gegenseitige Einfühlungsvermögen und fördert Toleranz. Es ist normal, verschieden zu sein.
***Darum:** Erziehung, Bildung und Betreuung sollen von Anfang an integrativ sein. Deshalb wollen wir gemeinsame Einrichtungen für alle Kinder. Ohne Ausgrenzung und Aussonderung.*

Kinder brauchen Kinder. Überall. Um Betreuungsangebote auch wirklich nutzen zu können, sind ausreichend wohnortnahe Einrichtungen notwendig, die Ganztagsplätze anbieten. Es werden soziale Kontakte im Lebensraum gefördert, das Gemeinschaftsleben unterstützt, Familien entlastet.
***Darum:** Erziehung, Bildung und Betreuung von Anfang an sind keine Almosen. Sie sind eine Aufgabe und Verpflichtung des Staates. Deshalb wollen wir ausreichend steuerfinanzierte Kita-Plätze in öffentlicher, kommunaler Trägerschaft und eine bessere Personalausstattung. Daneben kann es eine Vielfalt von Angeboten freier, gemeinnütziger Träger geben.*

Handzettel

Bundeswehr raus aus Afghanistan!

Im Herbst stimmt der Bundestag über den Verbleib der Bundeswehr in Afghanistan ab. DIE LINKE fordert ein sofortiges Ende dieses Bundeswehreinsatzes. Die Bundesregierung begründet den Einsatz damit, dass der Aufbau von Strukturen in Afghanistan unterstützt und Deutschlands Sicherheit geschützt werden müssten. Wir sind der Meinung, dass die Bundeswehr wirkliche Hilfsmaßnahmen, Frieden und Sicherheit verhindert.

Geht es beim Bundeswehreinsatz um Hilfe und Wiederaufbau?

Nein: Hilfe stand beim Krieg in Afghanistan nie im Vordergrund. Seit 2002 wurden insgesamt 58 Milliarden Euro für Militärmaßnahmen ausgegeben und 5,2 Milliarden Euro für zivilen Aufbau. Das Geld fließt zum Großteil in die Taschen von westlichen Konzernen. Die ISAF-Truppe, der die meisten, deutschen SoldatInnen unterstehen, schützt das Karsai-Regime, das weder demokratisch gewählt ist noch von der Mehrheit der Bevölkerung unterstützt wird.

Müssen nicht die Hilfsmaßnahmen geschützt werden?

Die Verflechtung von ziviler Hilfe und Militäreinsatz wird gerade von den Hilfsorganisationen abgelehnt. Caritas und Deutsches Rotes Kreuz haben die Regierung ermahnt, militärische und zivile Aufgaben strikt zu trennen, um die HelferInnen nicht zu gefährden.

Warum ist die Bundeswehr denn in Afghanistan?

Nicht, weil Deutschlands Sicherheit am Hindukusch verteidigt werden muss. Es geht um die Sicherung des Zugangs zu Öl- und Gasvorkommen, um Unabhängigkeit von Russland, Indien und China zu erreichen.

Was passiert, wenn die Truppen abziehen?

Der afghanische Politikwissenschaftler Dr. Matin Baraki sagt:
»Die Leute unterstützen die Taliban, weil diese Widerstand gegen die Besatzer leisten, nicht weil sie ihnen die Zukunft des Landes anvertrauen wollen. […]
Es gibt eine Alternative: Zuerst müssen die Besatzer abziehen und die Einmischung der Westmächte in dem Land aufhören. Dann muss den Afghanen zugestanden werden, eine eigene Regierung zu wählen, die nicht im Ausland zusammengestellt wurde.«
Der Abzug der ausländischen Truppen ist eine Voraussetzung für effektive Hilfsmaßnahmen und die Entwicklung einer wirklich demokratischen Gesellschaft. Demokratie können nur die Frauen und Männer in Afghanistan selbst aufbauen.

DIE LINKE demonstriert am 15. September zusammen mit der Friedensbewegung in Berlin gegen die Verlängerung des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan.

Unterschriftenlisten, weitere Infos und eine Busbörse finden Sie unter www.die-linke.de

Informationen der Friedensbewegung: www.bundeswehr-raus-aus-afghanistan.de

Kontakt: Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin, Telefon 030/24 009-236 parteivorstand@die-linke.de

DIE LINKE.

V.i.S.d.P. Christine Buchholz

Bundeswehr raus aus Afghanistan!

Im Herbst stimmt der Bundestag über den Verbleib der Bundeswehr in Afghanistan ab. DIE LINKE fordert ein sofortiges Ende dieses Bundeswehreinsatzes. Die Bundesregierung begründet den Einsatz damit, dass der Aufbau von Strukturen in Afghanistan unterstützt und Deutschlands Sicherheit geschützt werden müssten. Wir sind der Meinung, dass die Bundeswehr wirkliche Hilfsmaßnahmen, Frieden und Sicherheit verhindert.

Geht es beim Bundeswehreinsatz um Hilfe und Wiederaufbau?

Nein: Hilfe stand beim Krieg in Afghanistan nie im Vordergrund. Seit 2002 wurden insgesamt 58 Milliarden Euro für Militärmaßnahmen ausgegeben und 5,2 Milliarden Euro für zivilen Aufbau. Das Geld fließt zum Großteil in die Taschen von westlichen Konzernen. Die ISAF-Truppe, der die meisten, deutschen SoldatInnen unterstehen, schützt das Karsai-Regime, das weder demokratisch gewählt ist noch von der Mehrheit der Bevölkerung unterstützt wird.

Müssen nicht die Hilfsmaßnahmen geschützt werden?

Die Verflechtung von ziviler Hilfe und Militäreinsatz wird gerade von den Hilfsorganisationen abgelehnt. Caritas und Deutsches Rotes Kreuz haben die Regierung ermahnt, militärische und zivile Aufgaben strikt zu trennen, um die HelferInnen nicht zu gefährden.

Warum ist die Bundeswehr denn in Afghanistan?

Nicht, weil Deutschlands Sicherheit am Hindukusch verteidigt werden muss. Es geht um die Sicherung des Zugangs zu Öl- und Gasvorkommen, um Unabhängigkeit von Russland, Indien und China zu erreichen.

Was passiert, wenn die Truppen abziehen?

Der afghanische Politikwissenschaftler Dr. Matin Baraki sagt:
»Die Leute unterstützen die Taliban, weil diese Widerstand gegen die Besatzer leisten, nicht weil sie ihnen die Zukunft des Landes anvertrauen wollen. […]
Es gibt eine Alternative: Zuerst müssen die Besatzer abziehen und die Einmischung der Westmächte in dem Land aufhören. Dann muss den Afghanen zugestanden werden, eine eigene Regierung zu wählen, die nicht im Ausland zusammengestellt wurde.«
Der Abzug der ausländischen Truppen ist eine Voraussetzung für effektive Hilfsmaßnahmen und die Entwicklung einer wirklich demokratischen Gesellschaft. Demokratie können nur die Frauen und Männer in Afghanistan selbst aufbauen.

DIE LINKE demonstriert am 15. September zusammen mit der Friedensbewegung in Berlin gegen die Verlängerung des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan.

Unterschriftenlisten, weitere Infos und eine Busbörse finden Sie unter www.die-linke.de

Informationen der Friedensbewegung: www.bundeswehr-raus-aus-afghanistan.de

Kontakt: Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin, Telefon 030/24 009-236 parteivorstand@die-linke.de

DIE LINKE.

V.i.S.d.P. Christine Buchholz

Zeitungen

DIE LINKE.
Friedrichshain-Kreuzberg

2
April/Mai 2008
18. Jahrgang

Ein **NEIN** für die Stadt und mehr Demokratie

Eines steht fest: Der 27. April 2008 wird in die Geschichte Berlins eingehen. Zum ersten Mal kommt es auf das Verlangen der Bürgerinnen und Bürger hin zu einem Volksentscheid. Für uns, die Partei DIE LINKE, ist das auch eine Bestätigung, dass die vor zwei Jahren durch uns vereinfachten Voraussetzungen für mehr direkte Demokratie in der Praxis tauglich sind und nicht wie zuvor nur als theoretische Möglichkeit auf dem Papier stehen.

Am 27. April wird es um die Frage gehen, ob es in Tempelhof weiterhin einen Verkehrsflughafen geben soll. DIE LINKE in Berlin lehnt dieses Ansinnen ab. Denn gegen den Weiterbetrieb eines Flughafens in Tempelhof sprechen – wie man auf den folgenden Seiten nachlesen kann - viele Gründe.

In erster Linie sind das die Umweltbelastung und Unfallgefahren, aber auch wirtschafts- und stadtentwicklungspolitische Gründe.

Deshalb hätten wir uns für den ersten Volksentscheid auch ein anderes Thema vorstellen können. Eines, das sich mit den Interessen aller Menschen in der Stadt verbindet, statt einem, das die Erinnerung von Menschen für das Gewinninteresse von wenigen privaten Airlines instrumentalisiert und das parteipolitische Kalkül der CDU gegen Rot-Rot in Berlin bedient.

Die Befürworter eines Flugbetriebs in Tempelhof um die ICAT, die CDU und den Springerkonzern versuchen den Eindruck zu erwecken, die Schließung des Flughafens sei Entscheidung gegen die Berlinerinnen und Berliner. Doch ein Flughafen in Tempelhof nutzt nur wenigen. Ein vom Flugbetrieb befreites Gelände dagegen bietet allen Menschen neue Möglichkeiten – für Freizeit, Erholung, Sport und Kultur, Arbeit und Leben.

Der Volksentscheid gibt den Menschen in dieser Stadt die Chance, ihre wirkliche Meinung zum Ausdruck zu bringen. Dafür haben wir lange Zeit kämpfen müssen und darum sollten wir diese Möglichkeit jetzt auch nutzen! Und deshalb werben wir dafür, daran teilzunehmen und mit »NEIN« zu stimmen. Als ein Zeichen für die Zukunft der Stadt und für eine lebendige Demokratie.

Klaus Lederer, Landesvorsitzender der Partei DIE LINKE

Überwachung verändert Gesellschaft

Zwei Sicherheitsgesetze hat das Bundesverfassungsgericht binnen kurzer Zeit als nicht vereinbar mit dem Grundgesetz bezeichnet und kassiert: Das NRW-Verfassungsschutzgesetz wegen der Online-Durchsuchung und zahlreiche Landes-Polizeigesetze wegen der massenhaften und anlassunabhängigen Erfassung von KFZ-Kennzeichen. Für die Bundesregierung, die alle Bürger wie Schwerverbrecher behandeln will, ist das eine Niederlage.

Die beiden Urteile reihen sich in eine lange Kette von Fällen ein, bei denen der Datenhunger des Staates und der Kahlschlag bei den Grundrechten gestoppt wurden. Beispielhaft seien der Lauschangriff und das Luftsicherheitsgesetz genannt. Man fragt sich, ob die Innenminister jeglichen Ehrgeiz verloren haben, verfassungskonforme Gesetze vorzulegen. Völlig überraschend kamen die beiden Urteile nämlich nicht. Zahlreiche Experten, Rechtsanwälte, Ärzten und alle Bürgerrechtsorganisationen haben vor der Online-Durchsuchung gewarnt, weil sie extrem tief in die Grundrechte eingreift und keinen Nutzen bringt. Weil Computer quasi ausgelagerte Gehirne sind, auf dem Kontoauszüge, Chatprotokolle oder Liebesbriefe gespeichert werden, erkannte das Verfassungsgericht in dem Urteil zur Online-Durchsuchung das Recht auf digitale Intimsphäre, das im Kern nichts anderes sagt, als dass eine E-Mail ebenso geschützt ist wie der Brief auf Papier. Bedauerlich, dass die Bundesregierung diese Nachhilfe in Staatsbürgerkunde nötig hatte.

Die Botschaft ist klar: Nicht alles, was technisch möglich ist, darf im Kampf gegen den Terrorismus gemacht werden. Wer sich nicht mehr sicher sein kann, dass er unbeobachtet reisen kann, wer weiß, dass alle Telefonate, E-Mails und SMSe registriert und für den Staat vorgehalten werden, wer fürchten muss, dass Agenten des Verfassungsschutzes Daten vom PC plündern, wer keinen Schritt unbeobachtet tun kann, weil jede Wohnung verwanzt sein kann und an jeder Ecke Videokameras hängen, der wird sein Verhalten ändern und sich möglichst so benehmen, wie es Schäuble erwartet, um sich nicht verdächtig zu machen. Die (voll)ständige Überwachung verändert die Gesellschaft.
Ob diese Botschaft bei der Bundesregierung ankommt, ist offen. Weil DIE LINKE im Bundestag sich darauf nicht verlassen will, hat sie einen Antrag eingebracht, der ein Moratorium für alle geplanten Sicherheitsgesetze und eine Überprüfung aller beschlossenen Gesetze fordert.

Jan Korte, MdB

flickr/Schockwellenreiter

Aus 3 mach 1: Mehr Klimaschutz geht nur mit BBI

Dass ich als Umweltsenatorin grundsätzlich keine große Freundin vom Fliegen und von Flughäfen bin, ist selbstverständlich. Warum aber setze auch ich mich für einen vermeintlich riesigen Flughafen in Schönefeld ein und für die Schließung eines so viel kleineren Flugplatzes in Tempelhof?

Die drei Berliner Flughäfen Tempelhof, Tegel und Schönefeld sind bedeutende CO_2-Produzenten. Durch das Starten und Landen der Maschinen, durch die Zu- und Abfahrten der Passagiere und der Versorger entstehen außerdem große Feinstaubbelastungen. Schon zwei Tonnen Feinstaub entstehen in Tempelhof, ohne dass ein einziges Flugzeug landet oder startet. Hinzu kommen 40 Tonnen Stickoxide, die pro Jahr durch den Flugbetrieb in Tempelhof verursacht werden.

flickr/jaywaykay

Mit der Zusammenführung der drei Berliner Flughäfen zum Single-Airport Berlin-Brandenburg International am Standort Schönefeld werden die gesundheits- und umweltschädlichen Emissionen pro Fluggast deutlich verringert. Zum Einen weil Schönefeld direkt an das ICE- und Fernbahnnetz, den Regionalverkehr und den öffentlichen Personennahverkehr von Berlin angeschlossen ist und nicht mehr so viele Passagiere und Beschäftigte mit dem Auto kommen müssen. Für BBI soll hier ein Anteil von mindestens 50 Prozent erreicht werden, das ist ein ehrgeiziges Vorhaben.

Zum Anderen, weil in Schönefeld die gesamte Gebäudestruktur, die Ver- und Entsorgungseinrichtungen und die Energieversorgung auf dem neuesten technischen Stand mit hohen ökologischen Standards errichtet werden. Wir bekommen einen Flughafen, der deutlich weniger Energie verbrauchen wird als die bisherigen drei Flughäfen. Das ist ein wichtiger Beitrag, damit Berlin seine ehrgeizigen CO_2-Einsparziele erreichen kann.

Natürlich gibt es auch in Schönefeld Anwohnerinnen und Anwohner, die von Fluglärm betroffen sein werden. Ich werde als zuständige Senatorin auch weiterhin darauf drängen, dass Nachtflüge auf ein Minimum reduziert und Lärmschutzmaßnahmen auf ein Maximum erweitert werden. Aber die Offenhaltung von Tempelhof würde keines dieser Probleme lösen. Vielmehr wären dadurch noch mehr Menschen Betroffene.

Ich setze mich dafür ein, zwei Ziele gleichzeitig zu erreichen: Maximaler Anwohnerschutz in Schönefeld und maximaler Klimaschutz in der Region Berlin-Brandenburg. Dafür muss es bei der kurzfristigen Schließung von Tempelhof als erstem Schritt bleiben.

Katrin Lompscher,
Senatorin für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz

»Bitte stimmen Sie mit Nein«

Berlin ist nicht nur deutsche Hauptstadt, sondern europäische Metropole. Berlin wird Jahr für Jahr interessanter. Das gilt für die Wissenschaft, die Medizin, die Kultur, das Gaststättenwesen und viele andere Bereiche. Berlin ist aber auch sozial schwer geteilt. Es gibt hier Bestverdienende und Armut.

Eine der umstrittensten Fragen in Berlin ist die Frage des Flughafens. Ursprünglich hatte ich unterstützt, dass der Flughafen in Sperenberg gebaut wir. Das Angebot eines Konsortiums bestand nicht nur darin, den Flughafen dort zu errichten, sondern zugleich die Autobahn und die Zugverbindung von Berlin herzustellen. Man hätte seine Koffer am Hauptbahnhof abgegeben und wäre 30 Minuten später am Flughafen gewesen. In diesem Falle hätten der Bund und die Länder Berlin und Brandenburg nur dadurch einen Beitrag leisten müssen, dass sie die drei Flughäfen Tegel, Tempelhof und Schönefeld in das Eigentum des Konsortiums übertragen hätten. Eberhard Diepgen lehnte den Vorschlag ab, weil den Westberlinerinnen und Westberlinern angeblich eine Reise nach Sperenberg nicht zugemutet werden könne.

Das ist bedauerlich, aber nicht mehr zu ändern. Die Entscheidung ist für Schönefeld gefallen. Damit wird Berlin einen Flughafen am Rande der Stadt bekommen. Eine notwendige Konsequenz besteht darin, zunächst Tempelhof und dann Tegel zu schließen. Kein Betreiber eines internationalen Flughafens akzeptiert, dass in der Nähe weitere Flughäfen existieren. Im Übrigen ist der Flugverkehr über der Stadt Berlin auch viel zu laut und viel zu gefährlich. Sollte je eine Maschine abstürzen, niemand könnte das rechtfertigen, wenn es Alternativen gegeben hat.

Der Flughafen Tempelhof ist teuer. Er kostet jährlich mehrere Millionen, die aufgebracht werden müssen, wenn der Betrieb aufrechterhalten wird. Auch deshalb ist es richtig, Tempelhof in diesem Jahr zu schließen.

Natürlich weiß ich, dass mit Tempelhof eine Geschichte verbunden ist. Aber Geschichte löst sich nicht dadurch auf, dass Tempelhof nicht mehr als Flughafen genutzt wird. Das Gebäude bleibt bestehen, über eine Nutzung muss eine Verständigung erzielt werden. Die Erinnerung von Westberlinerinnen und Westberlinern wird doch nicht dadurch betroffen, dass dort keine Flugzeuge mehr starten und landen.

Das Geld, das durch die Schließung eingespart werden kann, brauchen wir in Berlin dringend für soziale, kulturelle und wissenschaftliche Zwecke und zum Schuldenabbau. Und dies nutzt der gesamten Stadt.

Deshalb meine Bitte, stimmen Sie beim Volksentscheid am 27. April 2008 mit »NEIN«, denn eine Aufrechterhaltung ginge zu Ihren Lasten.

Gregor Gysi, MdB

Bagger gegen Beete

Der Nachbarschaftsgarten »Rosa Rose« in der Kinzigstraße wurde am 14. März geräumt. DIE LINKE hatte sich – leider ohne Erfolg – für den Erhalt des Projektes eingesetzt. Wir dokumentieren hier den Räumungsbericht einer Gärtnerin.

Dem Garten »Rosa Rose« wurde die Harke gezeigt. Morgens um sieben Uhr: Betreten dreinschauende Bauarbeiter erscheinen angesichts der vielen anwesenden Gärtnerinnen und Gärtner in sicherer Entfernung. Breitbeinigkeit der Bauarbeiter kommt erst durch ein großes Aufgebot von Berliner Polizisten auf, die das ihnen Befohlene mit Gewalt durchsetzen, die Demonstrantenkette vor dem Garten auflösen, zwei Leute festnehmen.

Erste symbolische Akte der Inbesitznahme: Herr K. durchmisst seine neue Bühne, stolziert übers Grundstück, das Handy am Ohr, ein Angestellter zerstört mit der Kettensäge die Bar, an der bei unseren Sommerfesten selbstgebackener Kuchen und Getränke verkauft wurden. Das buntbemalte Tor des »Gartens von allen für alle« wird unter Protest durch einen Bauzaun ersetzt. In der hintersten Ecke des Gartens wird das erste Beet mit dem Bagger vernichtet.

Ein Polizist: »Wenn jetzt hier etwas Wertvolles zu Tage käme, dann würden wir sofort abziehen und der Denkmalschutz würde hier erscheinen.« Schaut er tatsächlich gespannt nach Steinzeitkeramik, während das Hochbeet verschwindet, das für eine Rollstuhlfahrerin angelegt wurde? Ein anderer Polizist: »Das mag Ihnen

ja spießig vorkommen, aber haben Sie schon mal über einen Schrebergarten nachgedacht?« – Ja, ich habe darüber nachgedacht, aber die »Rosa Rose« ist etwas anderes. Und da ich schon zur Arbeit pendeln muss, möchte ich nicht noch am Wochenende zu einem Garten pendeln. Wenn ein paar mehr Leute ihre Gärten in der Stadt hätten, bräuchten sie nicht die Frankfurter Allee zu verpesten, indem sie zu ihnen rausfahren.

»Was passiert jetzt mit den Pflanzen?«, will ich vom Einsatzleiter der Polizei wissen. Die könnten doch eigentlich nichts dafür, dass Menschen keine Einiqunq finden. Die Pflanzen interessieren den Einsatzleiter nicht. Gemüse gibt's ja schließlich im Supermarkt, oft mit Flugzeugen aus dem Süden herbeigeflogen.

Der Garten war auch ein Gegenmodell, um unabhängig zu bleiben von Supermarktketten und Gentechnik. Würde der Immobilienmakler, der seinen Gestaltungsdrang anscheinend nur hier realisieren kann, selbst an diesem Ort wohnen wollen? Würde der Polizist, der an der Räumung teilnimmt, auch den Spielplatz seiner Kinder zerstören, sollte der Befehl dazu kommen? Warum werden Baugenehmigungen zuerkannt für Behaglichkeitsausstatter, die uns die Sonne nehmen? Warum wird die Erlaubnis erteilt für »familienfreundliches Bauen«, das den im Kiez lebenden Familien aber einen wichtigen Treffpunkt nimmt?

Helga, Initiative Rosa Rose

Erste **Wahl-Hilfe** zum Volksentscheid

Der Volksentscheid ist die dritte und entscheidende Stufe der Volksgesetzgebung in Berlin. Nachdem die Befürworter des Flugbetriebes in Tempelhof genügend Unterschriften für die Volksinitiative und das Volksbegehren gesammelt haben, geht es nun an die Wahlurnen. Die wichtigsten Informationen für die Abstimmung haben wir hier zusammengestellt.

Werden noch weitere Unterschriften für oder gegen den Flugbetrieb in Tempelhof gesammelt? Nein, die wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger sind aufgerufen, am 27. April im Wahllokal oder per Briefwahl ihre Stimme abzugeben.

Wie lautet die Abstimmungsfrage? Die Abstimmungsfrage lautet: »Der Stadtflughafen Tempelhof ergänzt und entlastet den Verkehrsflughafen Berlin-Brandenburg International (BBI). Der Berliner Senat wird aufgefordert, sofort die Schließungsabsichten aufzugeben und den Widerruf der Betriebsgenehmigung aufzuheben. Tempelhof muss Verkehrsflughafen bleiben!«

Ich bin gegen den Flugbetrieb in Tempelhof. Wie muss ich abstimmen? Wenn Sie gegen den Flugbetrieb in Tempelhof sind, müssen Sie mit Nein stimmen.

Wer darf an der Abstimmung teilnehmen? Teilnehmen dürfen alle, die am Tag der Abstimmung für Wahlen zum Abgeordnetenhaus wahlberechtigt sind. Wahlberechtigt sind also Deutsche nach Art. 116 des Grundgesetzes, die am Tag der Abstimmung 18 Jahre alt sind und seit mindestens drei Monaten (also seit dem 27. Januar 2008) ihren Hauptwohnsitz in Berlin haben.

Wie erfahre ich, wo das Wahllokal ist? Der Landeswahlleiter verschickt seit dem 25. März Wahlbenachrichtigungen an alle Wahlberechtigten. Wie bei »normalen« Wahlen auch ist auf der Wahlbenachrichtigung das Wahllokal vermerkt.

Kann ich auch per Briefwahl abstimmen? Sie können problemlos per Briefwahl abstimmen. Der Antrag auf Erteilung eines Abstimmungsscheines kann bis zum 25. April, 18 Uhr gestellt werden. Nähere Informationen dazu erhalten Sie beim Landeswahlleiter, bei den Bürgerämtern oder im Internet unter www.wahlen-berlin.de.

Welche Quoren gelten für den Volksentscheid? Der Volksentscheid ist dann gültig, wenn mindestens ein Viertel der Wahlberechtigten (ca. 610.000) an der Abstimmung teilnehmen. Über das Ergebnis entscheidet dann die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

Ich brauche mehr Informationen. Besuchen Sie Im Internet die Seite des Wahlleiters unter www.wahlen-berlin.de, die Seite der LINKEN Berlin unter www.die-linke-berlin.de oder die Seite des Bündnisses gegen den Flugbetrieb unter www.tempelhof-flugfrei.de.

Innenminister Wolfgang Schäuble hat mit dem Vorschlag überrascht, islamischen Religionsunterricht als ordentliches Unterrichtsfach einzuführen. Wird der Integration damit Vorschub geleistet? Oder hat die Religion gar nichts an der Schule verloren?

flickr/oilgopistos

Debatte: Islamischen Religionsunterricht einführen?

Pro: Auf den Inhalt kommt es an

Nach Artikel sieben des Grundgesetzes ist Religionsunterricht an öffentlichen Schulen in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften als ordentliches Lehrfach anzubieten. In Berlin gilt eine Ausnahme von dieser Regel entsprechend der »Bremer Klausel«, der zufolge kein Religionsunterricht angeboten werden muss, wenn 1949 im jeweiligen Gebiet bereits eine andere Regelung galt. Berlin hat deshalb für alle Schülerinnen und Schüler das Pflichtfach Ethik eingeführt, Religionsunterricht kann zusätzlich freiwillig besucht werden.

Im Sinne einer nachhaltigen Integration sollte bundesweit ein islamischer Religionsunterricht auf freiwilliger Basis und in deutscher Sprache angeboten werden. Die Islamkonferenz hat sich Mitte März dafür ausgesprochen und ich möchte diese Forderung unterstützen.

Ein Islamunterricht wirkt einerseits direkt integrativ, indem er Schülerinnen und Schülern (und ihren Eltern!) deutlich macht, dass ihre Religion in Deutschland gleichberechtigt akzeptiert wird. Langfristig kann ein solcher Unterricht dazu beitragen, dass die Vereinbarkeit der Werte des Islams und des Grundgesetzes kommenden Generationen noch stärker verdeutlicht wird. Religion ist ein Teil der Persönlichkeit eines Menschen, der vor allem in sehr emotionalen Momenten – positiv wie negativ – eine große Rolle spielen kann. Eine nachhaltige Integrationspolitik kann dieses emotionale Element nicht ausschließen.

Entscheidend ist, dass ein solcher Unterricht freiwillig ist und in keiner Weise in Konkurrenz zum Ethikunterricht steht, der die Aufgabe hat, über die abrahamitischen Weltreligionen aufzuklären und zu informieren. Schülerinnen und Schüler haben so die Möglichkeit, sich selbst ein Bild über den Islam, das Christentum und das Judentum zu machen. Gerade dieses Angebot ist in einer Stadt wie Berlin, welche sich durch die Vielfältigkeit der Religionen hervorhebt, ein wichtiger Punkt. Zusätzlich soll jeder die Möglichkeit haben, das Wissen über die eigene Religion zu vertiefen.

Trotz dieser Freiwilligkeit braucht es über den Inhalt des Religionsunterrichts eine öffentliche Debatte. Wenn der Unterricht im staatlich-öffentlichen Raum stattfindet, muss garantiert sein, dass sein Inhalt durch die übergeordneten Erziehungsziele der öffentlichen Schule – die Erziehung zur Mündigkeit und zum eigenverantwortlichen Menschen – bestimmt ist. Der Lehrplan muss – egal ob islamische, evangelische oder katholische Religionskunde oder die humanistische Lebenskunde – mit dem Kultusministerium abgestimmt sein. Ein islamischer Religionsunterricht, der nicht auf den Werten des Grundgesetztes und damit der Glaubensfreiheit fußt, ist nicht integrativ und wäre abzulehnen.

Schließlich bin ich der Überzeugung, dass Religionsunterricht prinzipiell Kenntnisse über, aber nicht das Bekenntnis zu einer Religion vermitteln sollte. Es soll keinen Verkündigungs- oder Missionierungsunterricht geben, sondern Religionskunde.

Bodo Ramelow, MdB

Contra: Religion hat an der Schule nichts zu suchen

Staat und Religion sind in Deutschland getrennt. Soweit die Theorie, denn tatsächlich besteht eine solche Trennung in der Praxis bei weitem nicht immer. Schon der christliche Religionsunterricht ist in den Debatten häufig Stein des Anstoßes. Schließlich ermöglicht er den Kirchen eine vom Staat finanzierte Propagandamaschinerie, die in Form eines Unterrichts mit versetzungsrelevanten Noten daherkommt. Man stelle sich vor, CDU oder DIE LINKE würden Politikunterricht anbieten. Gute Noten kriegt, wer das Parteiprogramm möglichst fehlerfrei aufsagen kann.

Nun überraschte Innenminister Schäuble mit dem Vorschlag, islamischen Religionsunterricht als Regelfach an deutschen Schulen zu ermöglichen. Der Vorstoß lädt ein zur Debatte. Viele sehen in einem islamischen Religionsunterricht einen Beitrag zur Integration oder wenigstens die Chance der Beendigung der Benachteiligung anderer Religionsgemeinschaften gegenüber den christlichen Kirchen.

Tatsächlich ist der Religionsunterricht eine Integrationsbremse. Statt die Schülerinnen und Schüler in einem gemeinsamen, weltanschauungsneutralen Fach zu unterrichten, erfolgt per Religionsunterricht eine Trennung parallel zur konfessionellen Gebundenheit und das, obwohl Religion für junge Menschen kaum noch eine Rolle spielt. Welcher praktische Nutzen dann von einem islamischen Religionsunterricht ausgehen soll, will sich mir nicht erschließen, wo er verzichtbar ist und man das Thema Werteunterricht nicht zwangsläufig an die Religion binden muss. Im Gegenteil. Mit wird Angst und Bang bei dem Gedanken, dass die Religionsgemeinschaften ihre Inhalte in Schülerköpfe bringen können. Schließlich zeichnen sich die meisten Religionen nicht gerade durch Fortschrittlichkeit, demokratische Pluralität oder Modernität aus. Manche kritisieren am Islam ein problematisches Frauenbild. Ich behaupte, dass es bei der katholischen Kirche auch nicht anders aussieht. Von zweifelhaften Dogmen mit Bezug auf Verhütung, Homosexualität oder der absurden kreationistischen Schöpfungslehre ganz zu schweigen.

All das hat an der Schule nichts zu suchen. Gleiches gilt auch für die religiösen Konflikte, in die Schule bei der Einführung eines islamischen Religionsunterrichtes verwickelt würde. So beklagt die Türkische Gemeinde Deutschlands, dass bei einem Islamunterricht nach Schäubles Vorstellungen alevitische, sunnitische oder schiitische Vorstellungen »atomisiert« würden. So begründet diese Sorge sein mag, so wenig hat diese Auseinandersetzung in den Curricula zu suchen.

Statt mehr Religionsunterricht schlage ich vor, einen echten Beitrag zur Integration und Gleichberechtigung der Religionen zu leisten. Und zwar mit einem säkularen, weltanschaulich neutralen Unterrichtsfach, das eine produktive Wertediskussion an die Schulen bringt, das sich mit der - oft zerstörerischen - Geschichte von Religion befasst und philosophische Aspekte beinhaltet. Dazu braucht es an der Schule keine Pfarrer, Imame oder Rabbiner und schon gar keine Kontrolle der Unterrichtsinhalte durch die Religionsgemeinschaften.

Mark Seibert

Zukunftsängste im Bordell

»Hinter den Kulissen von Paris ist das Leben noch einmal so süß« heißt es in einem alten Schlager. Und wie in Paris gibt es auch in Berlin allerlei buntes, geheimnisvolles, fast unsichtbares Leben. Die Rede ist von sexuellen Dienstleistungen, die ein reguläres Gewerbe sind, seit im Jahr 2002 die Rechtsverhältnisse von Prostituierten gesetzlich geregelt wurden.

flickr / Sahnekwelleneiter

Eigentlich ein begrüßenswertes Gesetz. Doch nun sorgt genau diese Gewerbeanerkennung bei den vorwiegend weiblichen Beschäftigten der Branche für Zukunftsängste.

Seit Jahrzehnten haben sich viele Sexdienstleistende in Wohnungsbordellen niedergelassen. Kleine Wohnungen oder Seitenflügel von Hinterhäusern, in denen sie ihre Dienste anbieten, ohne mit Gewalt, Zwang oder Kriminalität konfrontiert zu sein. Die kleinen Bordelle sind unauffällig, ruhig, mit guten nachbarschaftlichen Kontakten und werden nur durch Inserate beworben.

Bisher stellen die Wirtschaftsämter Genehmigungen aus. Doch nun schalten sich die Bauämter ein. Für sie ist es ein »katastrophaler« Zustand, dass Prostitution in Wohngebieten stattfindet, da es als Gewerbe dort nicht hin gehöre.

Diese Haltung bedroht tausende Arbeitsplätze, weswegen sich DIE LINKE eingeschaltet hat und rund um den 8. März gemeinsam mit den Frauen des Berliner Frauenfrühlings einige Wohnungsbordelle besichtigte, Gespräche mit Betroffenen führte und eine thematische Filmdokumentation im Roten Laden zeigte.

Resultat der eigenen Besuche: Ich war erstaunt über die Unauffälligkeit und Schlichtheit der Etablissements, über Ladenöffnungszeiten von 12 bis 20 Uhr oder generelles Alkoholverbot. An diesen Standorten war nichts von milieubedingter Kriminalität oder Störung der Umgebung zu spüren. Die Frauen arbeiten freiwillig und vorrangig, weil sie hier einen überdurchschnittlichen Verdienst haben.

Im nachfolgenden Gespräch mit Stefan Liebich erfuhren wir, dass DIE LINKE im Abgeordnetenhaus den Erhalt der Bordellform unterstützt. Da eine bundesweite Regelung nicht existiert, soll zumindest auf Berliner Ebene eine geschaffen werden. Hoffen wir, dass die anderen Berliner Parteien mitmachen und sexuelle Dienstleistung nicht in Sperrbezirke an den Stadtrand oder in Großbordelle verdrängt werden.

Claudia Richter

Bethanien – **zum letzten!?**

Nicht besonders eifrig scheint die für den Immobilienbereich zuständige Stadträtin Kalepky (Bündnis90/ Die Grünen) ihre Dienstgeschäfte wahrzunehmen. Im Februar hatte die BVV die durch einen gemeinsamen Antrag der LINKEN und der SPD geänderte Beschlussvorlage des Bezirksamtes zur Zukunft des Bethanienkomplexes letztendlich mit den Stimmen aller Fraktionen angenommen.

Mit der beschlossenen treuhänderischen Übertragung der Immobilie an die Gesellschaft für Stadtentwicklung (GSE) würde der Bezirk in einer schwierigen Haushaltssituation finanziell erheblich entlastet. Ein erstes gemeinsames Gespräch mit der GSE und den Besetzern von der Initiative Zukunft Bethanien (IZB) sollte nach Aussage der Stadträtin auf eine mündliche Anfrage in der März-BVV allerdings erst am 26. März stattfinden.

Mit dem BVV-Beschluss sind jetzt die Voraussetzungen geschaffen, um sowohl den kulturellen Mietern des Hauses, wie auch den (noch) Besetzern eine vertraglich gesicherte Zukunft im Haus zu ermöglichen. Voraussetzung ist der Abschluss entsprechender Gewerbemietverträge, die natürlich beinhalten, dass eine kostendeckende Miete zu zahlen ist.

Alle gegenwärtigen Nutzer bekommen damit die Möglichkeit, sich an der weiteren Entwicklung des Bethanien zu einem offenen kulturellen, künstlerischen, politischen und sozialen Zentrum zu beteiligen. Eine Privatisierung wird ausgeschlossen. Konflikte gab und gibt es um die Nutzung weiterer Räume außerhalb des besetzten Südflügels durch Initiativen aus dem Spektrum der »Initiative Zukunft Bethanien« (IZB).

Der Beschluss begrenzt die Nutzung zunächst auf den Südflügel. Es bleibt letztendlich der GSE, die in Zukunft die finanziellen Risiken zu tragen hat, überlassen, an wen und mit welcher Nutzung sie weitere Räumlichkeiten zur Miete überlässt. Die Linksfraktion vertritt aber die Auffassung, dass entsprechende Verträge sowohl mit den Kultureinrichtungen des Hauses wie mit dem Bezirk abgestimmt werden müssen.

Für DIE LINKE ist die verabschiedete Beschlussvorlage ein Kompromiss, der letztendlich allen Interessen gerecht wird und auch die Zustimmung der Senatsverwaltung für Finanzen finden muss.

Es liegt nun an den Besetzern, wie in Gesprächen mit unserer Fraktion erklärt, schnellstmöglich alle notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, um zu vertraglichen Vereinbarungen zu kommen und damit die Besetzung zu legalisieren. Die Alternativen wären eine weitere Duldung mit den angesprochenen finanziellen Belastungen, oder die Räumung, die aber niemand will.

Lothar Schüßler, Vorsitzender der Linksfraktion in der BVV

Mark Seibert

»Ein lesenswertes Blatt«

Die Bezirkszeitung der LINKEN Friedrichshain-Kreuzberg hatte am 13. März 2008 einen unerwarteten Auftritt in einer Plenardebatte des Bundestages und bekam Lob von ebenso unerwarteter Stelle. Das Protokoll vermerkt in der Rede des Abgeordneten Rainder Steenblock zum Thema EU-Reformvertrag:

»(...) Schließlich gibt es auch noch die Grundrechtecharta, die in zentralen Teilen ebenfalls diese sozialen Grundrechte beschreibt, die nicht nur für die Staaten, sondern auch für die Organe der Europäischen Union relevant sind. In diesem Zusammenhang zitiere ich aus der Bezirkszeitung Die Linke. Friedrichshain-Kreuzberg vom 5. Februar dieses Jahres: (Michael Roth [Heringen] [SPD]: Was du alles liest!) Die Charta der Grundrechte ist das modernste Grundrechtedokument überhaupt. – Das steht in diesem lesenswerten Blatt. Das ist richtig, das unterstützen wir. (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD) Das hat Frau Kaufmann geschrieben, die Abgeordnete der Linken, die für sie auch im Konvent war. (...)«

Der MdB Rainder Steenblock wird in die Abonnentenliste eingetragen, damit er auch künftig nicht auf unser lesenswertes Blatt verzichten muss.

Wenn Sie Lob oder Kritik loswerden möchten, müssen Sie keine Bundestagsrede halten.
Die E-Mailadressefür Leserbriefe lautet zeitung@dielinke-fk.de.

Spielwiese für Neonazis – **Friedrichshain im Sog rechter Gewalt**

Dass es auch im Allgemeinen als alternativ bekannten Friedrichshain zu rechtsextremen Gewalttaten kommt, ist nichts Neues. Laut der Opferberatungsstelle ReachOut lag Friedrichshain mit 24 Gewalttaten durch rechtsradikale Schläger im Jahr 2007 sogar an der Berliner Spitze. Neu ist auch die Qualität der Gewalt. Seit Anfang 2008 gerieten alternative Wohnprojekte und Kneipen in Friedrichshain gezielt ins Visier rechter Gewalttäter. Es kam zu Steinwürfen gegen Schaufensterscheiben und Überfällen von vermummten Gruppen auf Kneipen und vermeintlich linke und alternative Personen.

privat

Trauriger Höhepunkt war der Überfall am 9.März 2008 auf das alternative »Sama-Cafe« in der Samariterstraße. In den frühen Morgenstunden stürmte eine Gruppe von zehn bis 15 vermummten Neonazis in das Lokal, sie besprühten die Anwesenden mit Pfefferspray und bewarfen sie mit Flaschen.

Nicht nur die Aktionsformen und das damit verbundene offensivere und selbstbewusstere Auftreten der rechten Banden haben sich in den letzten Jahren geändert, sondern auch das Aussehen und die politische Ausrichtung. Die Zeiten, in denen Neonazis durch martialisches Auftreten mit Glatze, Bomberjacke und Springerstiefeln erkennbar waren, sind lange vorbei.

Sie nennen ihre Zusammenschlüsse nicht mehr »Kameradschaften«, sondern bezeichnen sich als »Autonome Nationalisten«. Sie kopieren das Aussehen alternativer Jugendkulturen und der Autonomen Szene. So ist es auch nicht verwunderlich, dass die Neonazis von heute mit schwarzen Kaputzenpullovern, Piercings, Ansteckern und bunten Haaren auftreten, viel mehr ist das ein Teil ihrer Strategie.

»Autonome Nationalisten«, die im Nachbarbezirk Lichtenberg durch Hass und Gewalt Angsträume geschaffen haben, begeben sich nun vermehrt in Friedrichshain auf die Jagd nach Andersdenkenden. Ihr inhaltsleeres und äußerlich alternatives Auftreten auf den Partys und in den Kneipen hier im Bezirk ermöglicht es ihnen gleichzeitig unterzutauchen und somit Freundschaften zu knüpfen und neue Anhängern zu gewinnen. Die Polizei ist mit dieser neuen und nicht sofort erkennbaren Neonaziszene überfordert.

Es liegt mit an den Friedrichshainer Bürgerinnen und Bürgern, für Toleranz und Weltoffenheit in ihrem Kiez zu kämpfen. Alternative Projekte und die Bürger müssen aufeinander zugehen und Barrieren abbauen. Nur so ist es zu schaffen, Friedrichshain wieder zu dem Bezirk zu machen, der er einmal war und wofür er in der Öffentlichkeit immer noch steht: Ein alternativer, vielschichtiger und bunter Kiez für alle Menschen. Deshalb: »Initiative gegen Rechts – Friedrichshain« (www.initiative-gegen-rechts.de)

Maik Baumgärtner

Ein PasS für Berlin

Die Linksfraktion im Abgeordnetenhaus hat ein Konzept für einen »Berlin PasS« vorgelegt. Der Pass soll bereits bestehende Ermäßigungen für Empfängerinnen und Empfänger von Sozialleitungen bündeln und neue Anbieter für Ermäßigungen gewinnen. Bislang bieten zahlreiche Einrichtungen wie der Tierpark oder Museen Ermäßigungen zum Beispiel für Hartz-IV-Empfänger an.

Viele Betroffene schreckten aber davor zurück, solche Ermäßigungen in Anspruch zu nehmen, weil sie als Nachweis häufig den Leistungsbescheid vorlegen mussten. Viele fühlen sich dadurch stigmatisiert oder schämen sich, einen Bescheid vor den Augen aller anderer in der Warteschlange am Kassenhäuschen auf den Tisch zu legen. Andererseits sind viele Ermäßigungen den Betroffenen schlicht nicht bekannt.

Diesen Problemen will DIE LINKE mit dem Berlin PasS begegnen. Er soll einheitlich die Tür zu allen Ermäßigungsangeboten öffnen. Dazu gehören bestehende Angebote wie das BVG-Sozialticket oder das 3-Euro-Kulturticket, Ermäßigungen bei öffentlichen Einrichtungen wie Bibliotheken, Musikschulen oder der Volkshochschule. Darüber hinaus versucht der Senat, private Unternehmen zu gewinnen, die sich in der Stadt sozial engagieren und Ermäßigungen anbieten. Konkrete Gespräche werden beispielsweise schon mit Hertha BSC, der Messe Berlin oder Clubbetreibern geführt.

Das Ziel ist klar: Die Betroffenen sollen nicht als Bittsteller an den Kassen auftreten, sondern als Menschen, die sich für Kultur, Bildung, Mobilität interessieren und aktiv ihre Situation verändern wollen. Auch deshalb wurde mit dem »Berlin PasS« ein neutraler Name gewählt, der nicht an das Arbeitsamt erinnert. Sowohl für diejenigen, die Ermäßigungen in Anspruch nehmen, als auch für Partner, die Ermäßigungen anbieten, soll ein unbürokratischer Ablauf geschaffen werden.

Profiteure der Idee der LINKEN sind die mehr als 800.000 Berlinerinnen und Berliner, die Sozialhilfe, Hartz IV, Grundsicherung oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten. Ihnen wird der Zugang zu kulturellen Angeboten und zu sozialer und gesellschaftlicher Teilhabe erleichtert.

Schöffenamt nicht den Nazis überlassen

In Berlin, wie auch in anderen Bundesländern, ruft die NPD verstärkt dazu auf, dass sich »national gesinnte« Menschen um die Wahrnehmung des Schöffenamtes bewerben mögen, um »die Interessen der deutschen Bürger zukünftig noch nachhaltiger vertreten« zu können.

Hintergrund dieses Aufrufs sind die bevorstehenden Schöffenwahlen 2008 für die Amtszeit von 2009 bis 2013. Gesucht werden ehrenamtliche Richter am Strafgericht oder am Jugendstrafgericht. Schöffen wirken an der Verhandlung vor dem Gericht mit gleicher Stimme und im gleichen Maß wie Berufsrichter mit. Sie können damit auf die Rechtsprechung im konkreten Fall erheblichen Einfluss nehmen und sind somit ein wichtiges Element einer demokratischen Strafrechtspflege.

Die Ausübung des Schöffenamtes ist nicht nur eine Möglichkeit, wichtige soziale Erfahrungen zu sammeln, sie bietet auch die Chance, an der Sicherung von Grund- und Bürgerrechten mitzuwirken. In der Regel gibt es weniger Bewerbungen als es wünschenswert wäre. Darauf setzen die Nazis. Klaus Lederer, Landesvorsitzender der LINKEN Berlin, appelliert an alle demokratischen Parteien, an Vereine und Initiativen, den Nazis die Schöffenwahlen nicht zu überlassen und in ihren Reihen für das wichtige Amt zu werben. Demokratische Gesinnung müsse das maßgebliche Kriterium für die Ausübung des Schöffenamtes bleiben, so Lederer.

flickr/conceptworker

Die vergessenen Alten

Die so genannte Pflegereform wird die desolaten Zustände in der Pflegeversicherung nicht beheben können. Die Situation Pflegebedürftiger wird sich nicht verbessern, weil zu wenig Mittel eingeplant werden. Die Bundesregierung hatte zu Beginn ihrer Amtszeit versprochen, die menschenunwürdigen Zustände in der Pflege abzustellen und die Pflegeversicherung zu reformieren. Passiert ist wenig. Seit der Einführung der Pflegeversicherung im Jahre 1996 wurden die Pflegeleistungen nicht erhöht. Dabei hätte allein der Inflationsausgleich für die vergangenen Jahre bereits 15 Prozent mehr Mittel erfordert.

Damit sich die Situation pflegebedürftiger Menschen in Deutschland tatsächlich verbessert, muss die Finanzierung umgestellt werden. Deshalb hat DIE LINKE im Bundestag beantragt, endlich eine Bürgerversicherung der Pflege in Angriff zu nehmen. Ihr Vorschlag, demzufolge alle Versicherten, privat wie gesetzlich, in einer gemeinsamen Pflege versicherung unterkommen, würde die Zwei-Klassen-Pflege beenden. Während die Pflegeversicherung der gesetzlich Versicherten jährlich mehrere Hundert Millionen Euro Defizite einfährt, werden in der privaten Pflegeversicherung bis zu einer Milliarde Euro Gewinn erwirtschaftet. Neben den Erwerbseinkünften sollen auch andere Einkommen aus Kapital- und Zinsvermögen für die Pflegeversicherung herangezogen werden.

photocase.com/Hackebeilchen

Ein weiteres Problem: Derzeit umfasst die Pflegeversicherung nur solche Gebrechen, die körperlicher Natur sind. Geistige Einschränkungen werden dagegen nicht berücksichtigt. Und an dieser Situation wird sich auch nach der Pflegereform wenig ändern: Für Menschen mit demenziellen Erkrankungen werden maximal 6,70 Euro Unterstützung pro Tag gewährt. Und die Menschen mit körperlichen Einschränkungen bleiben ebenfalls unterversorgt: Ambulant betreute Pflegebedürftige erhalten zehn Euro pro Monat dazu, Menschen im Heim bekommen in der Pflegestufe 1 und 2 überhaupt keine Leistungsverbesserungen bewilligt.

Daniel Rühmkorf

Renten – Beruhigungspille mit Nebenwirkungen

Arbeitsminister Olaf Scholz hat für den 1. Juli eine Rentenerhöhung von 1,1 Prozent angekündigt. Volker Schneider, der rentenpolitische Sprecher der Linksfraktion im Bundestag erklärt im Interview, warum diese Rentenerhöhung nur eine Beruhigungspille mit Nebenwirkungen ist.

Nach Jahren der Nullrunden und Rentenkürzungen scheint diese Minierhöhung ein Lichtblick. Warum kritisiert DIE LINKE dennoch diese Absicht der Regierungskoalition?

Auch 1,1 Prozent »Erhöhung« sind angesichts einer Inflationsrate von aktuell 2,8 Prozent real nichts anderes als eine Rentenkürzung. Die Rentnerinnen und Rentner haben also weniger in der Tasche und müssen auch noch höhere Beiträge in die Pflegeversicherung zahlen. Dabei wird die Rentenformel vorübergehend manipuliert. Ohne diesen Griff in die Trickkiste wären bei Anwendung der gültigen Rentenformel die Renten lediglich um 0,46 Prozent gestiegen und das mitten im von der Großen Koalition ständig bejubelten Aufschwung. Da muss einem angesichts der sich abzeichnenden Eintrübung der Konjunktur Angst und Bange werden

Verlässlichkeit ist für die Rentnerinnen und Rentner enorm wichtig. Welche Folgen sind zu erwarten, wenn die Riester-Kürzungsfaktoren in den Jahren 2012 und 2013 »nachgeholt« werden?

Die Beruhigungspille, die da verteilt wird, hat ausgesprochen unerfreuliche Nebenwirkungen. Der die Rente kürzende Riester-Faktor wird nicht gestrichen, sondern lediglich ausgesetzt und in den Jahren 2012 und 2013 nachgeholt. Nun muss man wissen, dass 2011 letztmalig die sog. Schutzklausel zur Anwendung kommt. Mit dieser wird verhindert, dass die Renten sinken, wenn sich bei Berechnung des Rentenwertes der bisherige Rentenwert durch die Dämpfungsfaktoren verringert. Statt des errechneten Minus gibt es dank der Schutzklausel »nur« eine Nullrunde. Wird 2012 und 2013 zusätzlich zu der Wirkung der regulären Dämpfungsfaktoren auch noch die jetzt unterbleibende Dämpfung nachgeholt, steht zu befürchten, dass die Rentnerinnen und Rentner in diesen beiden Jahren nicht nur aufgrund der Inflationsrate sondern auch in Euro und Cent weniger in den Taschen haben werden.

DIE LINKE besteht auf der Wiedereinführung der alten bewährten Rentenformel. Wie begründet sie diese Forderung?

Die alte Rentenformel garantiert, dass der einmal erarbeitete Lebensstandard auch im Alter gehalten werden kann. Und: sie ist aus sozial- und wirtschaftspolitischer Sicht nicht nur vertretbar, sondern geradezu notwendig: Schon jetzt müssen die abhängig Beschäftigten einen insgesamt höheren Anteil für die gesetzliche und die private Vorsorge aufbringen, um drohende Sicherungslücken im Alter schließen zu können. Wir wollen aber nicht nur zurück in die »guten alten Zeiten«, sondern unser Ziel ist es, die gesetzliche Rentenversicherung weiterzuentwickeln und zu einer solidarischen Erwerbstätigenversicherung auszubauen.

privat

Service

Der Rote Laden
Mehr als eine Parteigeschäftsstelle

Weidenweg 17, 10249 Berlin
Telefon 426 26 87, Fax 426 13 38
www.dielinke-fk.de
E-Mail: info@dielinke-fk.de

Öffnungszeiten
Montag: 13–18 Uhr
Dienstag und Donnerstag: 10–18 Uhr
Mittwoch: geschlossen
Freitag: 9–13 Uhr

Termine:

Sitzungen des Bezirksvorstandes
Di, 15.4./6.5./20.5., jeweils 19.30 Uhr

Basistag (Beratung mit Basisorganisationen) Mi, 9.4./14.5./11.6. jeweils 18 Uhr

Geschichtskommission
Do, 10.4./8.5., 14 Uhr

Bürgersprechstunden mit MdA Steffen Zillich
21.4.,/5.5./19.5./9.6./16–17.30 Uhr

Tatort DIE LINKE – Krimi-Abend
jeden Sonntag, 20 Uhr

Veranstaltungen im Roten Laden

LINKSTREFF
17.4., 19 Uhr: ***»Berlins öffentlich geförderter Beschäftigungssektor – hält DIE LINKE ihr Wahlversprechen?«*** mit Kerstin Liebich, Staatssekretärin in der Senatsverwaltung Gesundheit und Soziales

Vorträge der Geschichtskommission
8. 5., 17 Uhr: **»Die sowjetischen Ehrenmale in Berlin«** – Fakten und Legenden, Buchvorstellung mit Dr. Helga Köpstein

30. 4, 15 Uhr: Eröffnung der Ständigen Ausstellung **»Franz Mehring – Leben und Werk«**, ND-Verlagsgebäude, Foyer des Münzenbergsaals

1. Mai-Fest auf dem Mariannenplatz mit buntem, vielfältigem, multi-kulti Markttreiben, Kinderfest, Polittalks und steiler Musik von der Bühne Veranstalter. Die Bezirksorganisationen DIE LINKE. und Bündnis90/ Die Grünen

Ausstellungen im Roten Laden

28. 3. 2008 bis 30.5.2008
»Klamanns Puppentheater«
Klamanns Zeichnungen zusammengestellt von Hans Hübner

Impressum:
Redaktionsschluss: 25. März 2008
Herausgeberin: DIE LINKE. Friedrichshain-Kreuzberg, Telefon: 030/4 26 26 87
www.dielinke-fk.de
info@dielinke-fk.de
V.i.S.d.P.: Mark Seibert; Mitarbeit an dieser Ausgabe: Klaus Lederer, Jan Korte, Katrin Lompscher, Mirko Assatzk, Bodo Ramelow, Claudia Richter, Lothar Schüßler, Steffen Zillich, Pascal Meiser, Daniel Rühmkorff, Maik Baumgärtner
Layout, Satz: DiG/TRIALON

Verein für den Kiez

Die Freie Sport-Vereinigung Hansa 07 Berlin ist der älteste Fußballverein in Kreuzberg. Im letzten Jahr feierte sie ihren 100. Geburtstag. In ihr 101. Jahr geht sie mit neuem Schwung: Unter der Führung ihres neu gewählten Vorstands will sie sich künftig noch stärker ihrer sozialen Verantwortung im Wrangelkiez stellen. Mit dem stellvertretenden Vorsitzenden Christian Haberecht (30) sprachen wir über die heutigen Herausforderungen eines Fußballvereins in Kreuzberg.

pixelio/Michael Lengersdorff

Wie verstaubt muss man sich eigentlich als Nicht-Fußballer so einen Traditionsverein wie Hansa vorstellen?

Auch wenn unser Vereinsheim im Keller einer Schule liegt: Hansa ist kein bisschen verstaubt. Unser Verein ist bunt, vielleicht sogar ein wenig chaotisch. Aber er hat einen ganz eigenen Charme. Wie unser Wrangelkiez eben, der sich auch in der Mitgliederstruktur widerspiegelt. Hier sind zahlreiche Nationalitäten vertreten, Menschen fast jeden Alters und unterschiedlicher sozialer Herkunft. Vom Professor bis zum Hartz IV-Empfänger. Nur der Anteil weiblicher Mitglieder, der könnte sicher höher sein.

Führen diese Unterschiede nicht auch zu Problemen?

Im Verein wirklich sehr wenig. Ohne eine heile Welt schildern zu wollen: Wir sehen die Vielfalt bei Hansa als große Stärke. Alleine in der ersten Mannschaft stehen mitunter sechs Nationalitäten auf dem Platz, und da sind Schwaben, Rheinländer, Bayern, Hessen oder Saarländer noch gar nicht mitgerechnet. Das gemeinsame Hobby verbindet und auf dem Platz versteht man sich sowieso ohne Worte.

Vor welchen Herausforderungen steht der Verein als nächstes?

Der Verein will in den kommenden Jahren mehr noch als bisher soziale Verantwortung übernehmen. Schon jetzt profitiert Hansa vom Wrangelkiez und umgekehrt. Doch da ist viel mehr möglich. Beispielsweise gilt es die Jugendmannschaften weiter zu stärken und Kindern und Jugendlichen aller Altersklassen noch mehr Angebote zu machen. So viele Kids haben Spaß am Kicken, das gilt es zu nutzen. Die Kinder und Jugendlichen können bei Hansa ihrem Hobby nachgehen und zugleich lernen sich in eine heterogene Gemeinschaft einzufügen.

Gibt es schon konkrete Pläne?

Uns schweben Kooperationen mit Bildungseinrichtungen vor, beispielsweise dem Oberstufenzentrum Handel, unserem Gastgeber, aber natürlich auch mit anderen Schulen. Es wäre zum Beispiel wunderbar, wenn die Kinder bei uns Fußball spielen und zugleich Hilfe bei den Hausaufgaben bekommen könnten. Dazu sind geeignetes Personal, entsprechende Räumlichkeiten und natürlich auch finanzielle Mittel notwendig. Da hin zu kommen wird harte Arbeit. Doch durch solche Projekte kann der Kiez enorm gewinnen, und natürlich auch der Verein.

Die Finanzen hast Du schon angesprochen. Wie finanziert sich denn ein kleiner Verein wie Hansa?

Im Wesentlichen aus Mitgliedsbeiträgen. Andere Posten spielen kaum eine Rolle. Das wollen wir allerdings ändern, durch sinnvolles Sponsoring und durch die Beantragung öffentlicher Gelder. Ohne sind soziale Projekte nicht umsetzbar. Die Mitgliedsbeiträge reichen, um den Spielbetrieb aufrecht zu erhalten. Aber nicht für mehr. Und das ist uns derzeit zu wenig, dafür ist einfach zu viel zu tun im Wrangelkiez.

Sponsoring? Heißt das, Euer neuer Nachbar McDonalds wird jetzt groß bei Hansa einsteigen?

Nein, da gibt es keine Pläne. Und ich glaube, so richtig passen die auch nicht zu uns.

Zum Schluss, wie ist denn die sportliche Perspektive nach dem Abstieg der ersten Mannschaft im letzten Jahr?

Die Erste schlägt sich wacker und steht auf einem Aufstiegsplatz. Den bis zum Schluss zu verteidigen würde natürlich super zur Aufbruchstimmung im Verein passen.

Das Interview führte Pascal Meiser, Sprecher der Basisorganisation DIE LINKE. Kreuzberg.

Rätsel

Sudoku
Das Puzzlefeld besteht aus einem Quadrat, das in 3x3 Quadrate unterteilt ist. Das Puzzle muss nun so vervollständigt werden, dass die Zahlen von 1 bis 9 in jeder Zeile und in jeder Spalte sowie in jedem der 3x3 Felder nur einmal vorkommen. Für jedes Rätsel gibt es nur eine richtige Lösung.

		2		7	4	9		8
	4		2			7		
	9		3	8		1		
		5			8			
7	1	9	5		3	8	2	
2	8	3		4			7	
					2		8	5
		4		9	7	2		1

						9	2	
7		1	5	9	2			
	8			1	4	5		
					3		4	2
	7	2					3	
				5		7		8
4				7				
9		3	4					
8			1			3	5	

dpa

Klar

DIE LINKE. IM BUNDESTAG

WWW.LINKSFRAKTION.DE

CDU/CSU und SPD Koalition für die Reichen

Veränderung des durchschnittlichen realen Nettoeinkommens pro Kopf, in Prozent
Quellen: DIW, Spiegel

Reiches Deutschland: 2002 betrug das Gesamtvermögen in Deutschland rund 5,4 Billionen Euro. Den Top-10-Prozent der Bevölkerung gehört davon mehr als die Hälfte, im Durchschnitt besitzen sie laut DIW-Studie 270 000 Euro pro Person.

Armes Deutschland: Die unteren zwei Drittel der Bevölkerung verfügen gerade mal über zehn Prozent aller Vermögen. 30 Prozent haben überhaupt nichts. Viele sind hoch verschuldet.

Erst Schröder (SPD), dann Merkel (CDU) füttern die Reichen – und schröpfen die Armen: Zwischen 1991 und 2004 stiegen die Vermögenseinkommen um etwa 43 Prozent. Die Gewinne um 27 Prozent. Die Reallöhne sanken hingegen zwischen 1995 und 2006 um 0,5 Prozent.

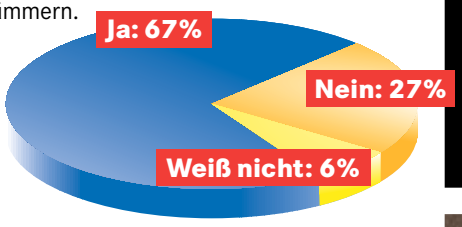
Noch krasser: Während die Löhne kollabieren, explodieren die Managergehälter. Josef Ackermann, Chef der Deutschen Bank, streicht jährlich fast 400 Mal so viel ein wie eine Bankangestellte. Und: Versagen die Manager, kassieren sie Millionen-Abfindungen, die Beschäftigten werden auf die Straße gesetzt.

Bereits im November hatte DIE LINKE gefordert, Managergehälter auf das 20-Fache des Durchschnittsgehalts zu beschränken. CDU/CSU und SPD lehnten im Bundestag ab – und kritisierten danach die Manager-Millionen in der Öffentlichkeit. »Heuchlerisch« sei das, analysiert Steuerexpertin Barbara Höll (DIE LINKE). Kritik auch von IG-BAU-Chef Wiesehügel: »Es ist merkwürdig, den Spitzensteuersatz auf 42 Prozent und am liebsten noch weiter zu senken und dann über Höchstgehälter zu reden.« **DIE LINKE plädiert für einen Spitzensteuersatz von bis zu 70 Prozent.**

Mehrheit für Staatsunternehmen

Unternehmen wie Bahn und Telekom gehören in Staatsbesitz. Das ist die Meinung von 67 Prozent der Bürgerinnen und Bürger laut einer Umfrage von Emnid für DIE ZEIT. Auch um die Energieversorgung sollen sich nicht Privatinvestoren, sondern die Allgemeinheit kümmern.

Sollen Unternehmen wie Bahn, Telekom und die Energieversorgung in Staatsbesitz sein?



dpa

Gewinner

Briefträgerinnen und Briefträger. Der Bundestag hat einen Mindestlohn für alle Briefzusteller in Deutschland beschlossen. Sie bekommen zukünftig zwischen 8 und 9,80 Euro brutto pro Stunde. Anders sieht es bei Wachschützerinnen, Raumpflegern und Frisören aus: Sie schuften noch immer für Stundenlöhne von 3, 4 oder 5 Euro. *Klar meint:* Zeit für einen Mindestlohn für alle!

Wolfgang Tiefensee (SPD). Zusammen mit Bahn-Chef Mehdorn wollte der Verkehrsminister die Bahn um jeden Preis an die Börse bringen. Dann meuterten die Beschäftigten, weil die Bahn Rekordprofite macht, aber bei den Löhnen geizt. Jetzt rebellieren die Kunden angesichts erneuter Preiserhöhungen. Ergebnis: Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger will keine Börsenbahn. *Klar meint:* Tiefensees Zug ist abgefahren!

Verlierer

dpa

dpa

Banger Blick: erst Hartz IV, dann Zwangsrente?

Tausenden droht Zwangsrente

Menschen, die Hartz IV beziehen, können zukünftig mit 63 Jahren zwangsweise in Rente geschickt werden. Ihnen droht eine dauerhafte Rentenkürzung um 7,2 Prozent, demnächst sogar um 14,4 Prozent. So sieht es der Gesetzesentwurf von CDU/CSU und SPD vor, über den der Bundestag im Dezember beraten hat. Ursprünglich sollte die Regelung für Frauen und Schwerbehinderte mit Hartz IV ab 60 Jahren gelten. Nachdem DIE LINKE den Renten-Skandal im Herbst aufgedeckt hatte, schwächte die Große Koalition ihre Pläne ab. Einen Antrag, der die Zwangsverrentung gänzlich abgewehrt hätte, lehnte der Bundestag jedoch mehrheitlich ab. DIE LINKE fordert mehr reguläre Arbeitsplätze für Ältere statt Ein-Euro-Jobs und erzwungene Frühverrentung.

Privatisierung ist Diebstahl

Wenn Regierungen Volkseigentum wie Post und Bahn verkaufen, verfliegt die Freude über die Millionen-Einnahmen in der Regel rasch. Die neuen Eigentümer, zumeist Aktionäre, kennen nur ein Ziel: möglichst hohe Gewinne. »Was keinen Profit bringt, kann der Steuerzahler behalten«, erklärt Sachbuchautor Rüdiger Liedtke im Interview mit *Klar*. Zu den ersten Opfern der Privatisierung zählen häufig die Beschäftigten, die gefeuert werden, und die Kunden, sobald die Preise erhöht werden. Aber auch die Demokratie leidet, weil nicht mehr gewählte Politiker, sondern Manager über das Unternehmen bestimmen.

Mehr zum Thema auf den Seiten 2 und 3

kommentiert

Für einen nationalen Bildungspakt

Von Bodo Ramelow

Seit Jahren schneidet Deutschland im internationalen Bildungsvergleich schlecht ab. Im Frühjahr hatte der UN-Sonderberichterstatter Muñoz dem deutschen Bildungswesen »Rückständigkeit und Ungerechtigkeit« attestiert. Nun stellt auch der aktuelle OECD-Bericht »Bildung auf einen Blick« der Bundesrepublik schlechte Noten aus. Seit 1975 geht der Anteil der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) zurück. OECD-Spitzenreiter Schweden gibt zirka 8,5 Prozent seines BIP für Bildung aus. Deutschland bringt es nur auf etwas mehr als vier Prozent. Wir müssen ein flächendeckendes Kita-Netz und Ganztagsschulen einführen, mehr Lehrer einstellen, die Anzahl der Studienplätze erhöhen, das Bafög ausbauen, das Angebot an Ausbildungsplätzen verbessern. Dafür wären insgesamt rund 43 Milliarden Euro nötig, also etwa 2 Prozent des BIP. Das können weder Bund noch Länder alleine stemmen. Bund und Länder müssen sich in einem nationalen Bildungspakt verpflichten, die Bildungsausgaben dauerhaft am BIP auszurichten und diesen Anteil schrittweise zu erhöhen. Bildung muss als Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz festgeschrieben werden. Es ist skandalös, dass das Grundgesetz die Kooperation von Bund und Ländern im Bildungsbereich künstlich erschwert. Die zweite Stufe der Föderalismusreform muss genutzt werden, um diese Blockaden zu beseitigen.

Bodo Ramelow ist Stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE

Post von Lafontaine und Gysi

Soziale Gerechtigkeit durch öffentliches Eigentum

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

mit der Privatisierung von Eigentum in der öffentlichen Daseinsvorsorge ist regelmäßig eines verbunden: Nicht der Dienst an den Menschen, sondern die Renditeziele der Unternehmen bestimmen fortan das wirtschaftliche Handeln. Die Unvereinbarkeit von verantwortlicher Daseinsvorsorge mit privatwirtschaftlichen Renditezielen wird besonders deutlich bei der Grundversorgung der Menschen. Beispiel Strom: Wenn, wie von den Energiemonopolisten angestrebt, Umsatzrenditen von zwanzig bis dreißig Prozent erzielt werden sollen, geht das nur über eine drastische Erhöhung der Strompreise. Die Große Koalition und zuvor die von Schröder geführte Regierung aus SPD und Grünen haben es versäumt, für einen vernünftigen Wettbewerb auf dem Strommarkt zu sorgen und so die Geldgier der Konzerne möglich gemacht. DIE LINKE will eine Rekommunalisierung der Energieversorgung durchsetzen. Eine Rückführung der Energieversorgung in kommunale Verantwortung würde nicht nur der brutalen Abzocke der Stromkonzerne den Boden entziehen. Die Nutzung von Solaranlagen und Erdwärme könnte viel gezielter gefördert werden. Noch unheilvoller ist der Verkauf von Krankenhäusern: Gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit hat die CDU-geführte Hamburger Bürgerschaft und der CDU-geführte hessische Landtag den Verkauf von Krankenhäusern betrieben. Die Menschen wollen aber ihre medizinische Versorgung nicht unter den Scheffel rücksichtsloser Gewinnmaximierung stellen. DIE LINKE ist die einzige politische Kraft, die konsequent für eine öffentliche Daseinsvorsorge eintritt, die ihren Namen auch verdient. Deswegen gilt auch in dieser Frage: Je stärker DIE LINKE, desto sozialer wird Deutschland.

Mit freundlichen Grüßen,

Gregor Gysi und Oskar Lafontaine

Die große Strom-Abzocke

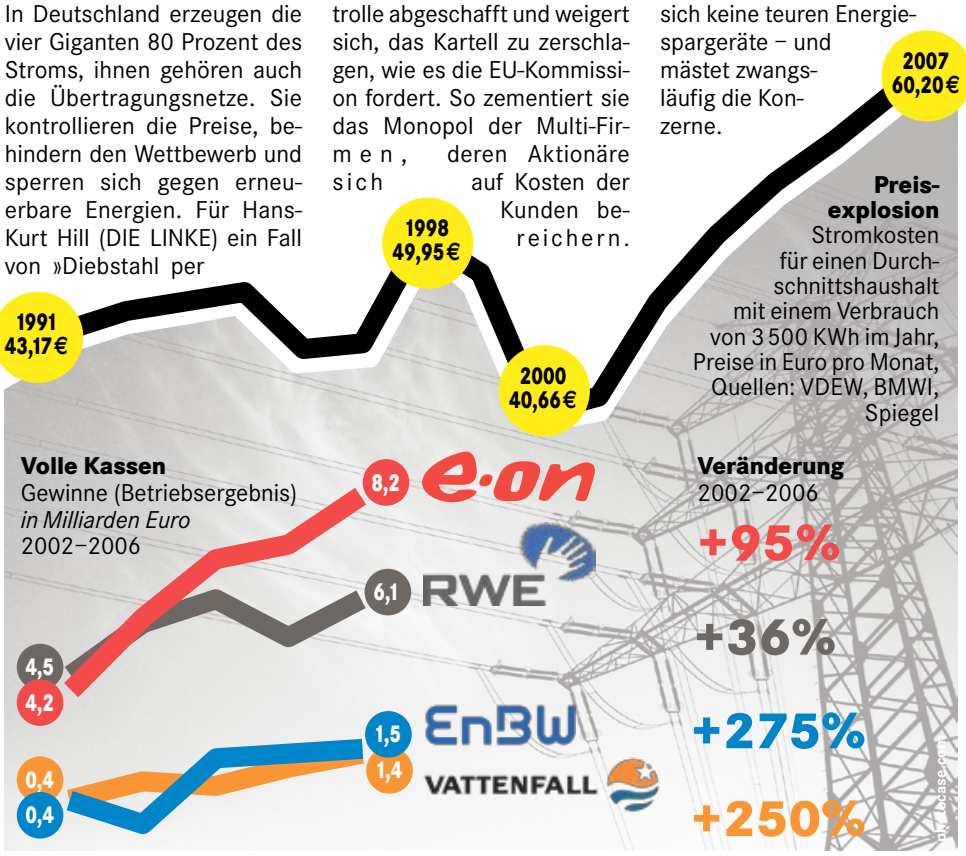
Strom ist so teuer wie nie, weil sich die Konzerne an den Kunden bereichern

Die vier Strom-Giganten – E.on, RWE, EnBW und Vattenfall – sollen ihre Kunden jahrelang um Milliarden betrogen haben. Ein 30-seitiges Papier des Bundeskartellamts berichtet von Geheimtreffen der Konzernbosse, bei denen gemeinsame Strategien besprochen und Märkte aufgeteilt wurden.

In Deutschland erzeugen die vier Giganten 80 Prozent des Stroms, ihnen gehören auch die Übertragungsnetze. Sie kontrollieren die Preise, behindern den Wettbewerb und sperren sich gegen erneuerbare Energien. Für Hans-Kurt Hill (DIE LINKE) ein Fall von »Diebstahl per Steckdose«: Während Kunden heute für Strom 50 Prozent mehr zahlen als 2000, streicht das »Kartell« (Hill) jährliche Renditen von 20 bis 30 Prozent ein. 2008 sollen die Preise um weitere zehn Prozent steigen.

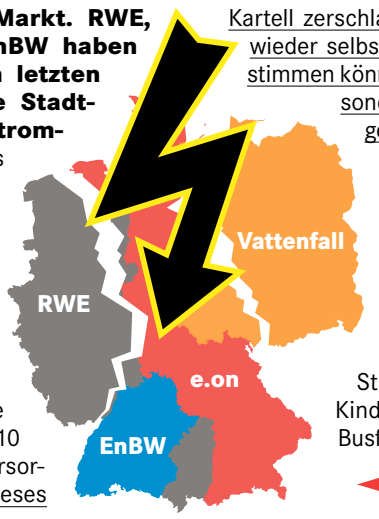
Die Bundesregierung schützt die Energiekartelle zulasten der Bürgerinnen und Bürger. Sie hat die Strompreiskontrolle abgeschafft und weigert sich, das Kartell zu zerschlagen, wie es die EU-Kommission fordert. So zementiert sie das Monopol der Multi-Firmen, deren Aktionäre sich auf Kosten der Kunden bereichern.

Auf Rekordniveau ist auch der Ölpreis. Heizöl hat sich seit 2000 um fast 90 Prozent verteuert. Die Öl-Multis jubilieren: Exxon-Mobile, BP, Shell und Total haben 2006 zusammen einen Gewinn von 100 Milliarden Euro eingefahren. Keinen Grund zur Freude haben Familien mit geringem Einkommen. Wem das Geld zum Leben fehlt, der leistet sich keine teuren Energiespargeräte – und mästet zwangsläufig die Konzerne.



LINKE will Kartelle zerschlagen

Sie beherrschen den Markt. RWE, E.on, Vattenfall und EnBW haben den Kommunen in den letzten zehn Jahren zahlreiche Stadtwerke und regionale Stromversorger abgekauft. Das Ergebnis: Heute ist jeder zweite der über 600 kleinen Stromerzeuger von einem der vier Giganten abhängig. Dreht das Energiekartell an der Preisschraube, müssen die anderen nachziehen. Aktuelles Beispiel: RWE und E.on erhöhen die Strompreise ab Januar 2008 um bis zu 10 Prozent – und 300 kleine Versorger folgen. DIE LINKE will dieses Kartell zerschlagen, damit die Kommunen wieder selbst über ihre Strompreise bestimmen können. Nicht die Konzernchefs, sondern vom Volk gewählte Bürgermeisterinnen und Gemeinderäte sollen zukünftig über die Strompreise entscheiden. Sie bestimmen dann auch über Klimaschutz und erneuerbare Energien, die vor Ort im Handwerk Arbeit schaffen. Und Überschüsse aus der eigenen Stromerzeugung könnten für Kindergärten oder günstigere Busfahrkarten genutzt werden.



www.linksfraktion.de/energie

Linke fordern SPD heraus

Im Bundestag hatte die SPD im Juni 2007 einen gesetzlichen Mindestlohn abgelehnt. Im Wahlkampf im Januar 2008 will sie dafür auf der Straße Unterschriften sammeln.

Foto oben: So berichtete *Klar* im Mai 2007.
Linke Spitzenpolitiker und -politikerinnen werben am 28. August 2006 im Zentrum Berlins für den Mindestlohn

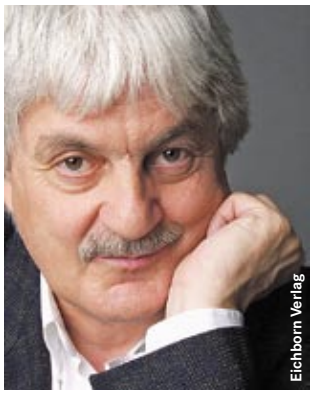
SPD stimmt gegen Mindestlohn
Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Antrag »Deutschland braucht Mindestlöhne« am 14. Juni 2007

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU/CSU	0	200	0
SPD	4	193	1
FDP	0	38	0
DIE LINKE.	49	0	0
B 90/Grüne	46	0	0

Beim Thema Mindestlohn erwacht die SPD aus dem Koalitions-Koma. Schließlich geht es bei den Wahlen in Niedersachsen, Hessen und Hamburg um die Gunst der Wählerinnen und Wähler. Also will sie die Einführung des Mindestlohnes mit der Losung »Gerechter Lohn für gute Arbeit« zum Wahlkampfthema machen. **Doch warum, so fragen sich viele, hat sich die SPD dann im Bundestag am 14. Juni 2007 dem Mindestlohn für alle verweigert?**
193 Abgeordnete der SPD-Fraktion hatten gegen einen Antrag zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes gestimmt, 24 waren zur Abstimmung erst gar nicht erschienen.
Seinerzeit hatte die Fraktion DIE LINKE den Antrag eingereicht, er war wortgleich mit dem Text der sommerlichen SPD-Unterschriftensammlung. Im Parlament lehnten die Sozialdemokraten ihre eigene Straßenaktion ab. »Als die SPD Farbe bekennen sollte, hat sie versagt«, erinnert sich der hessische Abgeordnete Werner Dreibus (DIE LINKE): »Wir haben dieses Thema auf die politische Tagesordnung gesetzt. Arbeitsminister Müntefering und sein Nachfolger Scholz (beide SPD) haben uns damals für unsere Forderung scharf kritisiert. Jetzt wollen sie nichts mehr davon wissen.« Nur die SPD-Abgeordneten Marlies Volkmer, Ottmar Schreiner, Detlef Müller und Wolfgang Gunkel stimmten damals dem Antrag zu.
DIE LINKE hatte bereits im Mai 2006 ihre Kampagne zur Einführung des gesetzlich garantierten Mindestlohns von 8 Euro pro Stunde gestartet. Auch hier gilt das bekannte Gorbatschow-Zitat: »Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben«.

»Gewinne werden privatisiert«

Rüdiger Liedtke warnt in seinem neuen Buch »Wir privatisieren uns zu Tode« vor dem schnellen Geld durch Privatisierung: Der Haushalt wird zwar kurzzeitig saniert, doch künftig entscheiden Unternehmer darüber, was in einer Kommune passiert. Nicht nur für Sozialleistungen, auch für Sport und Kultur fehlt dann das Geld.



Privatisierungsbefürworter betonen die schlanke Verwaltung und die wirtschaftliche Kompetenz von Privatunternehmen. Was halten Sie von diesem Argument?

Rüdiger Liedtke: Die Anhänger der neoliberalen Politik glauben fest daran, dass Markt und freier Wettbewerb selbst in den Bereichen der alltäglichen Daseinsfürsorge effizienter, kostengünstiger, bürgernäher und auf allen Ebenen der öffentlichen Wirtschaft und Verwaltung überlegen seien. Aber sie verschweigen die vielen Risiken. Privatisierte Unternehmen sind nicht mehr an das kommunale Tarifrecht gebunden, zahlen vielfach schlechtere Löhne, setzen auf Zeitverträge, reduzieren ihre sozialen Verpflichtungen und bauen Arbeitsplätze ab. Die entscheidende Triebfeder der Privatisierung ist nun mal der Profit. Und was keinen Profit bringt, kann der Steuerzahler getrost behalten. Gewinne werden privatisiert, Verluste sozialisiert. Im Übrigen können auch eher bürokratisch erscheinende kommunale Unternehmer auf Effizienz und Bürgernähe getrimmt werden. Man muss es nur wollen!

Das Public-Private-Partnership-Modell gilt vielen Kommunen als Weg aus der Schuldenfalle. Stimmt das?
Beim Public Private Partnership werden Objekte wie Schulen, Messehallen, Schwimmbäder und Rathäuser in die Hände privater Unternehmer überführt. Die Kommune least sie dann meist überteuert zurück, zahlt über Jahrzehnte hohe Mieten an die privaten Investoren. Sie engt damit ihren Handlungs- und Gestaltungsspielraum erheblich ein, ganz zu schweigen von den Risiken für die Zukunft. Was, wenn sich die politischen Rahmenbedingungen grundlegend verändern, wenn private Firmen pleitegehen? Die für diese Deals verantwortlichen Politiker sind dann längst über alle Berge. Und der Steuerzahler hat den Schwarzen Peter.

Wie erfolgversprechend sind Wiederverstaatlichung und Rekommunalisierung?
In jüngerer Zeit haben sich zahlreiche Kommunen nach Ablauf bestehender Verträge oder durch ihre vorzeitige Auflösung ihre Abfallwirtschaft von den Privaten zurückgeholt und errechnen Ersparnisse von bis zu 20 Prozent. Bei der Energie- und Wasserversorgung sind ähnliche Trends auszumachen. Viele Städte hätten nur zu gerne wieder die Hoheit über diese Bereiche. Doch die Revidierung einer einmal eingeleiteten und abgeschlossenen Privatisierung kostet in der Regel viel Geld. Das hätte man natürlich auch einfacher und vor allem preiswerter haben können: Indem man dem Privatisierungswahn gar nicht erst verfallen wäre.

Telekom & Co. verweigern DSL-Anschlüsse

Fünf Millionen Bürger vermissen einen schnellen Internet-Anschluss, weil es sich für die Telekom AG nicht rentiert, in jedes Dorf einen Internet-Anschluss zu legen. Vor der Privatisierung garantierte das Staatsunternehmen allen Bürgerinnen und Bürgern einen Telefonanschluss. Auf Initiative von Sabine Zimmermann (DIE LINKE) soll nun ein Gesetz die Unternehmen verpflichten, Internetzugänge flächendeckend und preiswert anzubieten.

Mehrheit gegen Verkauf der Bahn

Die große Mehrheit der Bevölkerung lehnt den Verkauf der Deutschen Bahn ab. Das ergab eine repräsentative Umfrage des FORSA-Instituts im Auftrag von »Bahn für Alle«. 64 Prozent der Befragten sprachen sich gegen die Pläne der Bundesregierung aus.

Revolution in Bergkamen

Die Stadt Bergkamen in Nordrhein-Westfalen hat die Müllabfuhr rekommunalisiert. Sie kündigte die Verträge mit dem Privatunternehmen und investierte 1,5 Millionen Euro in Müllwagen. Seitdem spart die Stadt jährlich 300 000 Euro, das sind rund 20 Euro Gebühren weniger pro Bürger.

Manifest

DIE LINKE hat ein Manifest für eine gerechte Arbeitswelt verfasst, in dem sie ihre Alternativen zu Agenda 2010 und Hartz-Gesetzen erläutert. Das Manifest versteht sich als eine Selbstverpflichtung der Linken und als Einladung an Gewerkschaften, Sozialverbände und Initiativen, gemeinsam für gute Arbeit zu streiten.

Klagewelle

An Deutschlands größtem Sozialgericht in Berlin war im Oktober 2007 die Zahl der Hartz-IV-Klagen so hoch wie noch nie. Erstmals gingen in einem einzigen Monat mehr als 2 000 Klagen und Eilanträge ein. Dabei geht es häufig um Sanktionen der Job-Center und um die Frage, in welcher Höhe Einkommen aus Mini-Jobs auf das Arbeitslosengeld II angerechnet werden dürfen.

Hartz-IV-Kürzung

Die Bundesregierung hat im Dezember beschlossen, Hartz-IV-Beziehern den Regelsatz um bis zu 35 Prozent zu kürzen, wenn sie ins Krankenhaus müssen. Sie hat damit die bisherige Verwaltungspraxis mittels einer rechtlichen Grundlage zementiert – und die Kritik vieler Gerichte ebenso ignoriert wie den Willen des Petitionsausschusses. Dieser hatte die gängige Praxis skeptisch beurteilt. Ein Antrag der Fraktion DIE LINKE, der die Situation kranker Hartz-IV-Bezieher verbessert hätte, lehnte das Parlament mehrheitlich ab.

Wahlkampfauftakt

Zwei Jahre vor dem planmäßigen Ende der Legislaturperiode hat die SPD-Bundestagsfraktion die Wahlschlacht um das Parlament eröffnet. Laut *Spiegel* und *Frankfurter Rundschau* hat sie eine Arbeitsgruppe gegründet, die den Wahlkampf der SPD vorbereiten soll. Vorrangiges Ziel dieser Gruppe sei es, so verlautete aus Fraktionskreisen, die Kanzlerin zu »entzaubern«, möglicherweise auch durch gezielte Angriffe auf ihre Person.

Andreas Holling

Arm trotz Ar

Von Heinz Hillebrand

Hannover. Frau Z.* ist Aufstockerin. Das sind Menschen, deren Arbeitseinkommen so niedrig ist, dass sie zusätzlich Arbeitslosengeld II beantragen müssen.

Die alleinerziehende Mutter hat es geschafft, der Arbeitslosigkeit zu entrinnen. Nach einer Fördermaßnahme fand sie eine 20-Stunden-Stelle im Einzelhandel. Und sie hatte Glück: Ihr Arbeitgeber zahlt den tariflichen Stundenlohn von 8,68 Euro. Andere Arbeitgeber im Einzelhandel, im Hotel- und Bewachungsgewerbe zahlen weit weniger. Trotzdem bleiben ihr am Ende des Monats nur 601,58 Euro netto. Das ist zu wenig zum Leben für die Hannoveranerin und ihren Sohn. Sie erhält zusätzlich Arbeitslosengeld II: Ihre Miete wird gezahlt und sie bezieht monatlich 58 Euro.

Offiziell gibt es in Deutschland mehr als 1,3 Millionen Aufstocker. 450 000 von ihnen haben eine Vollzeitstelle. Zur finanziellen Not kommt der Dschungel der Bürokratie, in den sie geraten.

Die Arge vergällte der 42-Jährigen die über den neuen Job. »Als ich die Arge informierte, dass ich ab 1. Juni 2007 ei le habe, wollte man mir sofort die Mitte chen – für den Monat Mai!«, empört sic Z. Zu diesem Zeitpunkt hatte sie noch Arbeitsvertrag unterschrieben, ihr erstes sollte sie erst Ende Juni erhalten. Nur dan Rechtsanwaltes kam sie zu ihrem Recht. Frau Z. ist kein Einzelfall. Die Beschei Arge sind in Bürokratendeutsch verfas

»Gute Arbeit für alle«

photocase.com/golffoto

Von Kornelia Möller

2,4 Millionen Menschen in Deutschland müssen ihren Lebensunterhalt von Hartz IV bestreiten. Sie müssen von 347 Euro im Monat Essen, Kleidung und Bildung bezahlen. Das ist unmöglich – und beschämend für ein reiches Land wie Deutschland.

Seitdem die Regierung Schröder (SPD) und Fischer (Grüne) die Hartz-Gesetze durchgedrückt hat, kämpft DIE LINKE dagegen: Armut per Gesetz ist ein Skandal. Deshalb muss als erster Schritt der Regelsatz auf 435 Euro plus x angehoben werden.

Beschämend ist es auch, dass über eine Million Menschen trotz einer Arbeitsstelle auf ergänzendes Arbeitslosengeld II angewiesen sind.

Die Lösung des Problems ist einfach: Ein gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 8,44 Euro würde verhindern, dass Arbeitgeber auf Kosten der Arbeitnehmer und des Staates die Löhne immer weiter senken. Die Menschen müssten nicht mehr aus Angst vor Arbeitslosigkeit und Hartz IV immer schlechtere Arbeitsbedingungen akzeptieren. Die Unternehmer könnten nicht mehr darauf vertrauen, dass der Staat ihre unsoziale Lohnpolitik mit Sozialleistungen nachbessert.

DIE LINKE fordert auch eine andere Arbeitsmarktpolitik. Das heißt: Erwerbslose Menschen müssen wieder in gutbezahlte, sichere und ökologisch vertretbare Arbeit gebracht werden! Denn gute Arbeit für alle bedeutet Aufschwung für alle.

Kornelia Möller ist arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE

Frau Z. arbeitet als Verkäuferin – 20 Stunden pro Woche, für 601,58 Euro netto im Monat. Das ist zu wenig zum Leben für die Verkäuferin und ihren Sohn. Zusätzlich zu ihrem Gehalt ist sie auf Arbeitslosengeld II angewiesen.

beit

Hartz IV trägt dazu bei, dass die Löhne und Gehälter in Deutschland sinken. Die Folge: Millionen Menschen leben in Armut, obwohl sie arbeiten. Die Lösung: ein gesetzlicher Mindestlohn von zunächst 8,44 Euro.

Freude im Mai
ne Stel-
el strei-
ch Frau
keinen
Gehalt
k eines
.
ide der
st, ihre

Fehlerquote ist hoch; das Vertrauen in sie bei vielen Empfängern entsprechend gering. Viele von ihnen empfinden die Behandlung durch die Arge als erniedrigend, deren Mitarbeiter unter dem Druck der Leistungsempfänger und der Vorgesetzten stehen und vielfach schlecht ausgebildet sind.

Richtig kompliziert wurde es für die Verkäuferin, als sie durch Überstunden über dem ALG-II-Satz lag und daraufhin von der Arge aufgefordert wurden Beträge zurückzuzahlen. Den korrekten Rückzahlungsbescheid erhielt sie erst nach Monaten. Seit einem halbem Jahr bemüht sie sich vergeblich um einen Gesprächstermin bei der Arge. Auf telefonische Nachfrage wurde sie an die Anmeldung verwiesen. Doch als sie dort eintraf, konnte man ihr auch nicht weiterhelfen. »Ich will raus aus der Entwürdigung durch ALG II«, sagt Frau Z. Ein Hilferuf.

* Name der Redaktion bekannt

www.linksfraktion.de/mindestlohn

Wolfgang Radner (r.) berät Menschen, die von Hartz IV leben müssen.

Hilfe gegen Hartz IV

Von Adrian Gabriel

Offenbach. Stadt der Superlative: Höchste Arbeitslosenquote in Hessen. Höchste Pro-Kopf-Verschuldung in Deutschland. Einzig die hiesigen Mieten sprechen für Offenbach. Sie sind niedrig – in der Einflugschneise des Frankfurter Flughafens. Wer es sich leisten kann, zieht in die benachbarte Bankenstadt.

In Offenbach lebt fast jeder fünfte der 116 000 Einwohner von Hartz IV – auch das ist Rekord. Ihnen hilft Wolfgang Radner. Dreimal pro Woche, von 10 bis 15 Uhr, bietet der linke Politiker eine kostenlose Beratung an. Die Nachfrage ist groß: Ob leerer Kühlschrank, quälende Schulden oder Schikane auf dem Amt – bis zu zwanzig Personen suchen wöchentlich in seinem Büro nach Rat.

Katja Kipping (DIE LINKE) kritisiert die Bundesregierung. Sie bemängelt, dass die Ämter zugleich beraten und auszahlen: »Wer zahlt, hat andere Interessen als die Anspruchsberechtigten.« Ihre Fraktion hat wiederholt gefordert, dass die Bundesregierung unabhängige Beratungsstellen finanziert. Dies sei »im Sinne der Selbsthilfe und Vernetzung von Erwerbslosen«, so die sozialpolitische Sprecherin.

Bisher konnte Wolfgang Radner in 95 Prozent aller Fälle helfen. »Oftmals stehen die Berater in den Agenturen selbst unter Druck. Oder sie mögen die Betroffenen persönlich nicht. Auch schlichte Formfehler kommen häufig vor«, erzählt er. Wo der 55-Jährige nicht helfen kann, weil gerichtliche Schritte notwendig sind, vermittelt er einen Anwalt. Dessen Bezahlung erfolgt auf Beratungsschein der Agentur, die Betroffenen selbst zahlen nichts.

www.linksfraktion.de/hartz

»Geringfügig Beschäftigte brauchen Solidarität«

Jeder hat schon mal die Auskunft angerufen oder wurde telefonisch um die Teilnahme an einer Umfrage gebeten. Dahinter stecken Call-Center, die ihr Geschäft oft mit Dumpinglöhnen betreiben.

Die Branche der Call-Center wächst ständig und der Alltag der Beschäftigten wird oft als hart und belastend beschrieben. Wie kennen Sie ihn?

Andrea Rohr: Die Arbeit ist psychisch belastend. Durch den hohen Leistungsdruck und den Schichtdienst wird vor allem den Frauen viel abverlangt. Jede Anruferin und jeder Anrufer wollen flexibel bedient werden. Wir arbeiten bei Vivento nach Tarif, aber in anderen Firmen ist die Bezahlung oft sehr schlecht. Wir kennen Beispiele, wo Frauen trotz einer 40-Stunden-Woche noch Hartz IV beziehen, um zu den 800 Euro Brutto überhaupt etwas für die Minimalbedürfnisse zu verdienen. Es gibt leider viele freie Firmen, die auf Kosten ihrer Beschäftigten Gewinne machen.

Sie sind Mitglied im inoffiziellen Arbeitskreis der Call-Center. Was hat dieser Arbeitskreis zum Ziel?

Wir wollen für bessere Arbeitsbedingungen und bessere Bezahlung kämpfen. In vielen Firmen gibt es keine Tarifverträge, viele Beschäftigte sind nicht fest angestellt und werden mit Zeitverträgen mundtot gemacht, weil jede Auflehnung gegen den Arbeitgeber mit Arbeitsplatzverlust bestraft wird. Das kann sich eine Frau mit einem durchschnittlichen Alter von 46 Jahren in der Branche heute nicht leisten. Bei zum Teil 3 Euro pro Stunde bekommt die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn gerade in unserer Branche eine besondere Bedeutung.

Manche Firmen sind wegen ihrer Beschäftigungspolitik mit Bußgeldern bestraft worden. Dennoch handelt es sich nicht um Einzelfälle. Was kann man dagegen tun?

Wenn gesetzliche Grenzen erreicht oder manchmal überschritten sind, machen die Firmen an einem Standort zu und führen mit Subventionen an einem anderen Ort ihr Geschäft fort. Wir müssen darauf aufmerksam machen und dürfen diese Praktiken nicht länger hinnehmen. Die geringfügig Beschäftigten haben keine Lobby und brauchen unsere Solidarität.

Andrea Rohr ist Betriebsrätin der Telekom-Tochter Vivento Customers Services. Sie kennt die Arbeitsbedingungen in Call-Centern aus eigener Erfahrung. In Deutschland arbeiten mehr als 450 000 Menschen in 5 500 Call-Centern. Tendenz steigend.

Kostenlos Newsletter abonnieren

Können wir den Klimawandel stoppen? Und Angela Merkel? Wann ruft Oskar Lafontaine zum Generalstreik auf? Die Antwort auf (fast) jede Frage erhalten Sie mit einem der vielen Newsletter der Fraktion DIE LINKE.

Jetzt auswählen unter *www.linksfraktion.de/newsletter*

DIE LINKE. IM BUNDESTAG

Wer nicht ausbildet, soll zahlen

Die Hälfte derjenigen, die sich dieses Jahr für einen Ausbildungsplatz bewerben, sucht bereits seit mindestens einem Jahr. Schuld ist die miserable Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt, da die Unternehmen Jahr für Jahr weniger Ausbildungsplätze anbieten. DIE LINKE fordert deshalb eine gesetzliche Ausbildungsplatzumlage: Unternehmen, die ausbilden, werden finanziell unterstützt; wer nicht ausbildet, muss zahlen.

Eine Schule für alle

22 Berliner Schulen nehmen 2008 an der Erprobungsphase der Gemeinschaftsschule teil. Zahlreiche weitere Schulen haben ihr Interesse bekundet, zum Schuljahr 2009/2010 bei dem Modellprojekt mitzumachen. Dieses Projekt, das mittelfristig die Trennung in Haupt- und Realschule und Gymnasium aufheben soll, ist Ergebnis einer Initiative von DIE LINKE.

photocase.com/tobi.tobsen

Ausbeutung von Praktikanten

Praktika werden für immer mehr Unternehmen zu einem Vorwand, um reguläre Arbeitsverhältnisse abzubauen. Absolventinnen und Absolventen arbeiten, teilweise über mehrere Monate, in einem Unternehmen mit, erhalten aber keinen Lohn und keinerlei rechtlichen Schutz. DIE LINKE fordert ein Gesetz, das klare Regelungen für Praktika vorgibt und so die Ausbeutung von Praktikanten beendet.

Nullrunden beim BAföG

Ende November hat der Bundestag eine BAföG-Reform beschlossen. DIE LINKE kritisiert, diese bliebe weit hinter den Erfordernissen für eine bedarfsdeckende Studienfinanzierung zurück. De facto würde den Studierenden eine weitere Nullrunde zugemutet. Schon jetzt müssen mehr als zwei Drittel aller Studierenden neben ihrem Studium jobben, um sich finanziell über Wasser zu halten.

istockphoto.com/ChrisSchmidt

In Deutschland entscheidet der elterliche Geldbeutel über Bildungs- und Berufschancen der Kinder.

Arme Kinder haben keine Chance

In keinem anderen Industrieland hängt der Bildungserfolg junger Menschen so stark von der sozialen Herkunft der Eltern ab wie in Deutschland. Verantwortlich dafür ist das mehrgliedrige Schulsystem – also die Trennung in Haupt- und Realschule und Gymnasium. Die UNO ist alarmiert.

Managersohn aufs Gymnasium, Arbeitertochter auf die Hauptschule: Kinder reicher Eltern gehen siebenmal häufiger auf die Oberschule als Facharbeiterkinder – oft selbst dann, wenn ihre Leistung gleich gut ist. Um aufs Gymnasium zu gehen, muss in Hamburg ein Kind mit Vater ohne Schulabschluss um ein Drittel besser sein als ein Kind, dessen Vater Abitur hat. Das Gymnasium führt in vielen Fällen zu Studium und Job, die Hauptschule in die Arbeitslosigkeit. 60 Prozent der Hauptschulabsolventen finden keinen betrieblichen Ausbildungsplatz.

Die Auswahl findet bereits im Alter von 10 Jahren statt und hängt stark von Status und Geldbeutel der Eltern ab. Das Menschenrecht auf Bildung werde in Deutschland verletzt, bilanzierte der Bericht des UNO-Sonderberichterstatters Muñoz bereits im März 2007 und empfahl eindringlich, »das mehrgliedrige Schulsystem zu überdenken«. Dass die Auslese über das Schulsystem funktioniert, sagt auch Bildungsexperte Professor Hartmann.

Hartmann kritisiert die Bundesregierung: Sie tue zu wenig für vorschulische Bildung, die Grundschule sei noch immer nur eine Halbtagsschule. »Beide Maßnahmen führen dazu, dass familiäre Defizite durch öffentliche Institutionen nur sehr unzureichend ausgeglichen werden.«

Trotz der schlechten Pisa-Ergebnisse sind die Ausgaben für Bildung prozentual gesunken. Im Vergleich aller Industriestaaten investiert die Bundesrepublik weniger Geld ins Bildungswesen als der Durchschnitt. Hartmann: »Um auf skandinavische Größenordnungen zu kommen, müsste man die bisherigen Ausgaben fast verdoppeln.« Dazu müssten die Steuern deutlich angehoben werden, etwa die Erbschaftssteuer. Seitens der Wirtschaft sehe er diese Bereitschaft jedoch nicht.

www.linksfraktion.de/bildung

»Bildung ist ein Menschenrecht«

Von Nele Hirsch

Das Bildungssystem in Deutschland ist krank, befallen vom Virus der sozialen Auslese. Es ist Zeit für eine Radikalkur. Damit alle Kinder und Jugendliche Perspektiven für Bildung und Beruf erhalten – unabhängig vom Geldbeutel der Eltern.

Bei der Einschulung besitzen Kinder unterschiedliche Fähigkeiten: Manche Kinder haben zu Hause bereits Rechnen und Lesen gelernt, andere haben noch nie ein Buch berührt. Einige erhalten nachmittags Klarinetten- und Spanischunterricht, andere nicht einmal eine warme Mahlzeit. Weil das so ist, brauchen wir ein Bildungswesen, das die sozialen Unterschiede der Kinder ausgleicht, statt sie zu verstärken.

Die Lösung: eine Schule für alle. Dort lernen alle Kinder und Jugendlichen mindestens bis zur 9. Klasse gemeinsam. Diese Gemeinschaftsschule ist eine Ganztagsschule, damit genug Zeit für selbstbestimmtes Lernen und neue pädagogische Konzepte bleibt. Und sie ist demokratisch organisiert, weil eine bessere Bildung nur gemeinsam mit Eltern, Lehrenden und Schülerinnen und Schülern erreicht werden kann.

Familien mit geringen Einkommen brauchen extra Geld, damit sie ihren Kindern Schulbücher und Buntstifte kaufen und Monatsticket und Klassenfahrt bezahlen können. Bildung ist keine Ware. Bildung ist ein Menschenrecht. Dafür steht DIE LINKE.

Nele Hirsch ist bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE

Grundsicherung verhindert Kinderarmut

Im Kampf gegen Kinderarmut hat DIE LINKE eine bedarfsorientierte Grundsicherung gefordert. »Wir wollen eine einheitliche Erhöhung des Kindergelds für jedes Kind und eine deutliche Steigerung des bedarfsorientierten Kinderzuschlags«, erklärt die kinder- und jugendpolitische Sprecherin, Diana Golze. Die Höhe der Grundsicherung, auf die alle Kinder unter 18 Jahren einen Anspruch haben sollen, sei vom Einkommen abhängig. Golze: »Sie ist deshalb vor allem für einkommensschwache Familien attraktiv.« Nach Berechnungen der Bundestagsfraktion profitierten von diesem Konzept 2,1 Millionen Familien mit 3,1 Millionen Kindern. Zurzeit leben hierzulande 2,6 Millionen Kinder in Armut. Ihre Anzahl hat sich seit 2004 mehr als verdoppelt. Weitere 1,5 bis 2,5 Millionen Kinder leben an der Grenze zur Armut.

»Rückzug aller Truppen«

Der hessische Friedensaktivist und Gewerkschafter Willi van Ooyen über den Krieg in Afghanistan, das Versagen von SPD und Grünen und vermeintlich rote Fahnen

Welches sind für Sie die drei wichtigsten Forderungen der Friedensbewegung?
Willi van Ooyen: Zunächst der Rückzug aller deutschen Truppen von den internationalen Kriegsschauplätzen. Dann der Einstieg in die Abrüstung, also keine weiteren Neuanschaffungen von Militärgerät, so dass die freiwerdenden Mittel für Sozialleistungen verwendet werden können. Und nicht zuletzt die Verhinderung weiterer Militarisierung im Innern, also kein Bundeswehreinsatz gegen die eigene Bevölkerung, Schluss mit der Notstandspolitik von Innenminister Wolfgang Schäuble.

Ist das durchsetzbar?
Kurzfristig nicht. Der Kampfeinsatz in Afghanistan wurde im Bundestag sogar mit größerer Mehrheit als bei der letzten Abstimmung beschlossen. In der Gesellschaft sieht es anders aus: Dort sehen wir klare Mehrheiten gegen die irrige Ansicht, Deutschland werde »am Hindukusch verteidigt«.

Leider werden diese Mehrheiten nur bei Umfragen sichtbar, nicht auf der Straße. Die Beteiligung an den Demonstrationen der Friedensbewegung könnte besser sein.
Ich nehme ja seit über 40 Jahren an den Ostermärschen teil. Es gab immer ein Auf und Ab. Aber dass ausgerechnet die Bundesregierung aus SPD und Grünen in Deutschland den Krieg wieder salonfähig gemacht hat …

… durch die Teilnahme am NATO-Überfall auf Jugoslawien 1999 …
… war eine Zäsur. Immerhin hatten Politiker wie Joschka Fischer (Grüne) und Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD) bis in die 1980er Jahre Antikriegsproteste mitorganisiert – und 1999 unterstützten sie plötzlich die andere Seite. Das hat viele irritiert. Die Friedensbewegung musste sich neu aufstellen.

Die hessische SPD-Politikerin Ypsilanti winkt bisweilen mit der roten Fahne. Wäre Sie eine politischer Partnerin für Sie, etwa in der Friedenspolitik?
Nein. Beim Bezirksparteitag von Hessen-Süd fiel der Antrag durch, die deutsche Teilnahme am US-Kampfeinsatz in Afghanistan zu beenden. Das heißt, nicht einmal in einer der angeblich linkesten SPD-Gliederungen ist derzeit eine Friedensposition mehrheitsfähig. Würde Frau Ypsilanti eine Kooperation mit der LINKEN durchsetzen wollen, würde es die SPD zerreißen.

Eine Zerreißprobe für die SPD wurde auch in den achtziger Jahren prophezeit, als es um das Verhältnis zu den Grünen ging …
Richtig. Trotzdem paktierten SPD und Grüne 1986 in Hessen. Wir müssen von den aktuellen Realitäten ausgehen. Und die sind betrüblich, etwa was die Positionierung der Grünen angeht: Sämtliche grünen Bundestagsabgeordneten aus meinem Bundesland haben im Bundestag für die Fortsetzung des ISAF-Einsatzes der Bundeswehr am Hindukusch gestimmt – und damit sogar gegen das Votum ihres eigenen Bundesparteitages verstoßen.

Willi van Ooyen (* 1947) ist seit 40 Jahren Friedensaktivist und hat dieses Jahr die Proteste gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm mit vorbereitet.

Militärkolonie Deutschland

In welchem Staat befinden sich die meisten Auslandsstützpunkte der US Army? Viele werden auf Irak oder Afghanistan tippen. Weit gefehlt: An erster Stelle rangiert Deutschland mit 293 US-Militäreinrichtungen – vor Japan mit 111 und Südkorea mit 105. Die wichtigste Luftwaffenbasis in ganz Europa ist Ramstein. Von dort wurden die Bomber auf Ziele in Belgrad (1999) und in Bagdad (2003) dirigiert, dort starten fast täglich Nachschubflüge an die Kriegsfronten im Mittleren Osten. Außerdem wurde Ramstein bei Verschleppungsflügen der CIA für Zwischenlandungen genutzt. Die US-Atomwaffen wurden aus Ramstein abgezogen. 20 Bomben lagern aber höchstwahrscheinlich noch in Büchel in Rheinland-Pfalz. In Stuttgart befindet sich das US-Hauptquartier für Europa (EUCOM) und seit Februar 2007 auch für Afrika. EUCOM befehligt 112 000 Soldaten. Neben den 68 000 Soldaten in Deutschland gehört dazu unter anderem die 6. Flotte im Mittelmeer. **Der deutsche Steuerzahler beteiligt sich mit jährlich rund 1,3 Milliarden Euro an den US-Stationierungskosten.**

Photo Courtesy of U.S. Army, U.S. Air Force photo

OHREN SCHMAUS

Diether Dehm ist Bundestagsabgeordneter für DIE LINKE, Textautor, Komponist und Musikverleger. Für *Klar* begutachtet er exklusiv die neuen Werke von Bruce Springsteen, bots, Dion DiMucci & Belmonts und Gina Pietsch.

Bruce Springsteen: Magic
Die CD heißt, wie sie ist: **Magic** – und macht mir die Peinlichkeit, schon wieder **Bruce Springsteen** zu empfehlen. Endlich bringt The Boss die Power von *Born To Run* zurück, wovon Melody-Maker-Mann Landau einst jubilierte: »I saw the future of Rock'n'Roll«. Springsteen singt *Girls In Their Summer Clothes* so sexy wie *Living In The Future* für Frieden und gegen Bush: »Ich erwachte am Wahltag unter einem schießpulverfarbenen Himmel / wer wird als letzter für diesen Fehler sterben, wessen Blut wird vergossen und wessen Herz zerbrechen?«

bots: Opstaan und **Entrüstung**
Hans Sanders früher Tod beendete soeben die Remakes von **bots**-Friedensliedern, die so nach Bauern-Breughel schmecken. Jetzt in CD-Shops noch rarer: **Opstaan** und **Entrüstung**.

Dion DiMucci & Belmonts: Son of Skip James
Rocksongs von **Dion DiMucci & Belmonts** (*The Wanderer*) sind mittlerweile Klassiker, ihre aktuelle, handgetönerte Blues-CD heißt **Son of Skip James**.

Gina Pietsch: Zum Beispiel das Gras
Unter Radio-Boykott: die neue Friedens-CD der tollen **Gina Pietsch**. Der epische *Brecht* spielt da mit dem Naturalismus vom brausenden Leben der Abenteurer und der Seeräuber himmelstrahlendem Azur. Ob der zerbrechliche, herzkranke Dichter echt so viele Frauen hatte, wie angegeben? Je eine einzige derart ins Gras legte, wie der Mann Baal? – dessen Choral wohl das Einzige ist, was *Ben Becker* an *Brecht* je verstand: Manche Hunde bellen kraftstrotzend, weil sie nicht so beißen können. Auch dazu gibt Gina Pietsch ihre starke Stimme: **Zum Beispiel das Gras**.

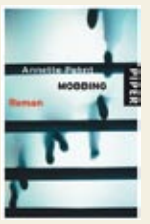
Kongolesische Kochbananen und rote Paprika

Wer am 11. Dezember im Linden-Center in Berlin-Hohenschönhausen einkaufte, wurde mit einer **Kochshow** belohnt: Gregor Gysi und Gesine Lötzsch (beide DIE LINKE) hatten zum Abendessen eingeladen. Unterstützt von Sous-Chef Thomas Brix verwöhnten sie die Besucher mit ihren jeweiligen Lieblingsgerichten. Lötzsch überraschte mit Huhn, Kochbananen und Reis auf kongolesische Art. Gysi servierte gefüllte Paprikaschoten, besonders die roten kamen bei den Gästen gut an.

BÜCHERKISTE

Sie wollen wissen, was Bundestagsabgeordnete auf der Pfanne haben? Nach welchen Rezepten sie abkochen, weich klopfen, klein hacken, würzen und anrichten? 52 Parlamentarier lüften den Topfdeckel und verraten ihre leckeren Lieblingsgerichte. Fraktionsübergreifend bevorzugen sie die regionale Küche, achten auf leichte wie gesunde Ernährung und entscheiden sich häufig für mediterrane Kost. Für DIE LINKE standen Gesine Lötzsch (bietet Hähnchen mit Kochbanane an), Gregor Gysi und Oskar Lafontaine (beide servieren Paprika) am Herd. Und: Wenn manche Koalitionspolitiker so gute Politiker wie Köche wären, würde uns ihre Politik besser schmecken.

Ralf Frenzel (Hrsg.):
Das Parlament kocht.
Tre Torri Verlag.
200 Seiten, 19,90 Euro



Einem Mann wird fristlos gekündigt, weil er seine Chefin gemobbt haben soll. Die Ehefrau steht vor einem Rätsel: Wurde nicht in Wahrheit ihr Mann aus dem Büro gedrängt? Hatte er eine reale Chance, die Vorwürfe zu entkräften? In ihrem Roman protokolliert Annette Pehnt, wie sich Mobbing im Beruf auf das Privatleben auswirkt, es geradezu vergiftet. Die Frau kämpft um ihre Familie, ihr Mann um seinen Ruf. Langsam schleichen sich bei ihr Zweifel in die Beziehung: Stimmt es, was man über ihn behauptet? Und was soll sie davon halten, dass er immer Recht haben will, ihr wichtige Punkte nicht erklärt? Ein spannendes Buch, das viele Fragen aufwirft.

Annette Pehnt:
Mobbing.
Piper Verlag.
166 Seiten, 16,90 Euro

PREISRÄTSEL

Mitmachen und gewinnen!

Markieren Sie die fünf Unterschiede in der unteren Karikatur. Schneiden Sie den Vordruck entlang der gestrichelten Linie aus und senden Sie Ihre richtige Lösung per Brief oder Postkarte an: Fraktion DIE LINKE, Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin. Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir drei Exemplare des Buches »Wir privatisieren uns zu Tode«. Einsendeschluss ist der 29. Februar 2008. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.
Beim vorherigen Preissauschreiben haben gewonnen: Rainer Haupt aus Hamburg, Catinca Hollitzer aus Heidelberg und Valentina Meiske aus Berlin. Herzlichen Glückwunsch!

Ja: Ich will mehr Informationen über die parlamentarischen Initiativen der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag.

☐ Ja, ich will den E-Mail-Newsletter der Fraktion DIE LINKE erhalten.
☐ Ja, ich will die Arbeit der Fraktion DIE LINKE aktiv unterstützen.

NAME, VORNAME

STRASSE, HAUSNUMMER

PLZ, ORT

E-MAIL

Bitte ausgefüllt senden an:
Fraktion DIE LINKE, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

IMPRESSUM
Herausgeberin: Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030/227 51170
Fax: 030/227 56128
klar@linksfraktion.de
www.linksfraktion.de
V.i.S.d.P.: Ulrich Maurer, MdB, Parlamentarischer Geschäftsführer (Anschrift wie Herausgeberin); Leitung: Steffen Twardowski; Redaktion: Ruben Lehnert; Layout und Satz: DiG/Plus GmbH, Berlin
Druck: MediaService GmbH, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Redaktionsschluss: 2. Januar 2008

clara.
Das Magazin der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag: Mit Interviews, aktuellen nationalen und internationalen Themen, Hintergrundberichten und Reportagen aus dem Inneren des Deutschen Bundestages. Clara. und andere Publikationen **kostenfrei abonnieren** unter 030/22 75 11 70 oder auf *www.linksfraktion.de*!
DIE LINKE. IM BUNDESTAG

Websites

- www.linkes-cms.de/

  CMS - CONTENT MANAGEMENT SYSTEM
  Redaktionssystem

  - im Auftrag des Parteivorstand konzipiert, um Gliederungen beim Aufbau attraktiver Websites zu unterstützen

  - im Interesse des Corporate Design, denn Seitenaufbau und Formatierung sind fest vorgegeben

  - ermöglicht Online-Redakteuren ohne tiefergehende HTML- Kenntnisse Websites anzulegen und zu bearbeiten

  - Kostenersparnis bei Erstellung und Pflege durch gemeinsame Nutzung

  - Open Source Software Typo 3

DIE LINKE. Landesverband Brandenburg: Aktuell

http://www.dielinke-brandenburg.de/

News: Linke | SPIEGEL ONLINE | stern.de | NETZEITUNG | HORIZONT.NET | heise online | DIE LINKE | Fraktion DIE LINKE | kandidatenwatch.de | berlinpolis | POLIXEA | BerlinKontor.de | bpb | DIG Berlin | dig data

DIE LINKE: Erscheinungsbild | DAS LINKE CMS: FAQ | DIE LINKE. Landesverband Bra...

DIE LINKE. BRANDENBURG

POLITIK | PARTEI | PARLAMENTE | WAHLEN | SERVICE

AKTUELL → BRANDENBURGNEWS → PRESSE → AKTIONEN → BRANDENBURGER SEITEN → TERMINE

04.04.2008 Eine Veranstaltung für die ganze Familie

Europacamp 2008

Eine Veranstaltung für die ganze Familie

Auch in diesem Jahr findet das internationale Europacamp statt. Unter dem Motto „Gemeinsam in den 1. Mai" treffen sich in der tschechischen Republik, im Ort Zeleznize, unweit der Stadt Jicin, Linke aus vielen Ländern Europas um gemeinsam zu diskutieren, zu reden und zu feiern.
Auf dem Programm steht auch eine Busreise in die historische Stadt Kutna Hora, eine kleine Friedensfahrt aller Teilnehmer und Musik, Tanz und Lagerfeuer.

Weitere Informationen gibt es bei Sabine Lichtwald – Lindenplatz 22, 03042 Cottbus, e-mail: sabinelichtwald@ web.de, Fax: 03222-1404 746 oder über die Internet-Seite
→ www.sfelr.im-osten.de

Anmeldung hier: → Europacamp-Flyer

03.04.2008

Glückwunsch an die Volksinitiative

Der Hauptausschuss des Landtages Brandenburg gab auf seiner Beratung am 3. April 2008 ein einstimmiges Votum für die Volksinitiative *Kostenfreie Schülerbeförderung ist machbar!" ab.

DIE LINKE beglückwünscht die Volksinitiative zu ihrem Erfolg und

SUCHE → ERWEITERT

Suchbegriff

FÜR BRANDENBURG

DIALOG FÜR EIN BRANDENBURG DER REGIONEN

Unter der Überschrift „Dialog für ein Brandenburg der Regionen" haben wir nach breiter Diskussion unser vorliegendes Leitbild beschlossen. Diskussionsprozess und Ergebnisse lesen Sie bitte → hier.

MITGLIED WERDEN!

Eintritt frei!

Fertig

DIE LINKE. Landesverband Brandenburg: Kreisverbände

http://www.dielinke-brandenburg.de/partei/strukturen/kreisverbaende/

News: Linke | SPIEGEL ONLINE | stern.de | NETZEITUNG | HORIZONT.NET | heise online | DIE LINKE | Fraktion DIE LINKE | kandidatenwatch.de | berlinpolis | POLIXEA | BerlinKontor.de | bpb | DIG Berlin | dig data

DIE LINKE: Erscheinungsbild | DAS LINKE CMS: FAQ | DIE LINKE. Landesverband Bra...

DIE LINKE. BRANDENBURG

POLITIK | PARTEI | PARLAMENTE | WAHLEN | SERVICE

PARTEITAGE | STRUKTUREN | MITGLIED WERDEN! | DOKUMENTE | EUROPÄISCH

DIE 14 LANDKREISE UND 4 KREISFREIEN STÄDTE

Kreisverbände der Partei DIE LINKE im Landesverband Brandenburg

- LANDESVORSTAND
- LANDESGESCHÄFTSSTELLE
- LANDESAUSSCHUSS
- KOMMISSIONEN
- LAG UND IG / PLATTFORMEN
- KREISVERBÄNDE
  - BARNIM
  - BRANDENBURG AN DER HAVEL
  - DAHME-SPREEWALD
  - ELBE-ELSTER
  - FRANKFURT (ODER)
  - HAVELLAND
  - MÄRKISCH-ODERLAND
  - OBERHAVEL
  - OBERSPREEWALD-LAUSITZ
  - ODER-SPREE
  - OSTPRIGNITZ-RUPPIN
  - POTSDAM
  - POTSDAM-MITTELMARK
  - PRIGNITZ
  - LAUSITZ
  - TELTOW-FLÄMING

http://www.dielinke-brandenburg.de/partei/strukturen/landesvorstand/

DIALOG für ein Brandenburg der Regionen: Einleitung

http://www.dialog-fuer-brandenburg.de/index.php?id=8059

News: Linke | SPIEGEL ONLINE | stern.de | NETZEITUNG | HORIZONT.NET | heise online | DIE LINKE | Fraktion DIE LINKE | kandidatenwatch.de | berlinpolis | POLIXEA | BerlinKontor.de | bpb | DIG Berlin | dig data

DIE LINKE: Erscheinungsbild | DAS LINKE CMS: FAQ | DIE LINKE. Landesverband Bra... | DIALOG für ein Brandenburg d...

DIALOG
FÜR EIN BRANDENBURG
DER REGIONEN

LEITBILD | PRESSE ZUM DIALOG DER REGIONEN | SERVICE

EINLEITUNG ♦ DAS LEITBILD-DOKUMENT ♦ DISKUSSIONSSTAND 2007 ♦ DIALOG-HEFTE

Willkommen

Das Leitbild ist fertig - der Dialog geht weiter!

Vielleicht sind wir unerschütterliche Optimisten, notorische Weltverbesserer oder auch einfach nur Visionäre ... wir glauben noch immer, dass es sich lohnt, sich mit eigenen Ideen in herrschende Politik einzumischen! Sie auch? Dann sollten wir es gemeinsam versuchen!

Seit dem 19.11.2007 hat die Fraktion DIE.LINKE im Landtag von Brandenburg ein Leitbild. Sie begann die Arbeit daran vor zwei Jahren, mit einer frisch gewählten Mannschaft und unter einem anderen Namen. Die Idee eines Leitbildes war Ausdruck des festen Willens, im Land eine gestaltende Kraft zu sein. Der politischen Kleinarbeit wird eine Vision zur Seite, besser vorangestellt werden. Das macht die tägliche Entscheidung nicht einfacher, aber sie gibt der Fraktionsarbeit einen tieferen Atem, und den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes mehr Klarheit, was wir für Brandenburg wollen. Es geht uns um ein solidarisches Brandenburg, das regional vielfältig, zukunftsorientiert und europäisch ist. Ein Brandenburg, in dem die gerechte Teilhabe aller in allen Teilen des Landes, ob in Perleberg oder Potsdam, in Glambeck oder Cottbus, gesichert ist und nicht unter dem Banner von Effizienz, Metropole und Benchmarking beständig ausgehöhlt wird.

Unser Leitbild ist keine PR-Aktion. Es ist ein linkes Angebot für solide Politik hier und heute. Sicher, es ist eine Vision, aber eine machbare. Gewiss ist nicht alles gleich umsetzbar, aber mit Manchem kann sofort begonnen werden. Vor allem setzt dieses Leitbild auf die Menschen in diesem Lande, die immer wieder unter Beweis gestellt haben, dass sie unter schwierigen Bedingungen Großes für „Unsre Heimat" leisten.

Wir wollen, dass Sie sich einmischen! Ihre Ideen brauchen wir! Keine Schreibtisch-Politik: das ist unsere Devise. Wir setzen auf eine Dialog und eine breite Beteiligung der Bevölkerung, auch überall dort, wo wir in Verantwortung kommen.

→ Zum Dokument "Dialog für Brandenburg"

DAS LEITBILD ZUM HERUNTERLADEN

DIE IDEE

Wozu benötigen wir ein Leitbild für Brandenburg?

Fertig

Die Linke. Kreisverband Barnim

http://www.dielinke-barnim.de/

News: Linke | SPIEGEL ONLINE | stern.de | NETZEITUNG | HORIZONT.NET | heise online | DIE LINKE | Fraktion DIE LINKE | kandidatenwatch.de | berlinpolis | POLIXEA | BerlinKontor.de | bpb | DIG Berlin | dig data

DIE LINKE: Erscheinungsbild | DAS LINKE CMS: FAQ | DIE LINKE. Landesverband Bra... | Die Linke. Kreisverband Barnim

DIE LINKE.
Kreisverband Barnim

Willkommen bei der Linken im Barnim

- Wir über uns
- Politik
- Kreistagsfraktion
- "Offene Worte"
- Termine
- Links
- Kaleidoskop
- Impressum

Letzte Änderung: 10.4.08

DIE LINKE.Eberswalde wählte neuen Stadtvorstand

Auf der ersten Mitgliederversammlung der LINKEN.Eberswalde wurde am 22. Februar ein neuer Stadtvorstand gewählt, dessen Mitglieder Jörg Schneidereit als Vorsitzenden bestimmten. Dem Vorstand gehören darüber hinaus Karin Wagner, Karl Diedrich, Torsten Duckert, Klaus Fahrak, Klaus Drogoin und Udo Wolfgramm als Mitglieder an.
Zuvor hatte Jörg Schneidereit einen Bericht des Vorstandes vorgetragen und über die Arbeit des vergangenen Jahres informiert. Dabei erinnerte er unter anderem an die Übergabe von Blumen zum Frauentag, den Beitrag der LINKEN am 1. Mai, den Roten Sommer in Eberswalde aber auch an die Aktivitäten zur Unterschriftensammlung für ein Sozialticket, die Teilnahme am Protest gegen das G 8-Treffen mit 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie an Kranzniederlegungen. Weiter verwies er auf die Aktivitäten zur Erarbeitung des Wahlprogramms für die Kommunalwahlen 2008.

Lutz Kupitz, Kreisvorsitzender und Kreiswahlkampfleiter, sprach in der Diskussion zur Vorbereitung der Kommunawahlen und zu den Ergebnissen der EMNID-Studie. Er verwies darauf, dass das Wahlprogramm des Kreises am 5.4. auf einer kreislichen Mitgliederversammmlkung beschlossen werden soll. Er forderte entschiedenes Auftreten gegen Rechtsradikalismus und die Schaffung lokaler Bündniss dazu.

In der weiteren Diskussion stellte Gerd Markmann einen Antrag der AG Umwelt zum Ausbau des Flugplatzes Eberswalde-Finow vor. Nach einer kontroversen Diskussion wurde beschlossen, den Basisgruppen den Antrag zur Diskussion zu übergeben und in die Beschlussfassung der kreislichen Mitgliederversammlung aufzunehmen.
Margitta Mächtig

Der neue Eberswalder Stadtvorstand der LINKEN

Blick in den Tagungssaal

Neue Beiträge:

Die Bernauer SVV-Fraktion zum Thema Sport, Gedenkveranstaltung in Eberswalde und Neue Termine
(10.4.08)

Aktuelle Dokumente:

Dokumentation zur Verteilungspolitik der gro0en Koalition im Bund und
5-Punkte-Programm zur gerechteren Vermögensverteilung

Sondernewsletter zum Brandenburger Haushalt 2008/2009

Newsletter des Bundesvorstandes

Thematische Newsletter der Bundestagsfraktion der LINKEN

Kommunalpolitischer Newsletter

Letzter Newsletter der LINKE.Landesgruppe Brandenburg im Bundestag

Newsletter der Landtagsfraktion

Fertig

DIE LINKE.Stadt-Brandenburg: Aktuell

http://www.dielinke-stadt-brb.de/politik/aktuell/

Google

News: Linke | SPIEGEL ONLINE | stern.de | NETZEITUNG | HORIZONT.NET | heise online | DIE LINKE | Fraktion DIE LINKE | kandidatenwatch.de | berlinpolis | POLIXEA | BerlinKontor.de | bpb | DIG Berlin | dig data

DIE LINKE: Erscheinungsbild | DAS LINKE CMS: FAQ | DIE LINKE. Landesverband Bra... | DIE LINKE.Stadt-Brandenburg: ...

DIE LINKE.
Brandenburg an der Havel

POLITIK | STADTVERBAND | LINKSFRAKTION | WAHLEN | SERVICE

AKTUELL ➝ LINKE NEWS ➝ TERMINE ➝ HAVELBRANDUNG ➝ MDB & MDL

DIE LINKE TAGT IM ROLANDSAAL

74 Mitglieder und 9 Sympathisanten der Partei DIE LINKE sowie 9 Gäste folgten der Einladung des Stadtvorstandes am 05.04.2008 in den Rolandsaal des Altstädtischen Rathauses.

Auf der Tagesordnung stand neben den Ausführungen zum Leitbild der Landtagsfraktion auch die ersten Informationen und der Stand der Vorbereitung zur Kommunalwahl im September.
➝ mehr

WER SICH NICHT WEHRT ...

Reader zum Thema Hartz IV

DIE LINKE setzt sich sowohl parlamentarisch als auch außerparlamentarisch für die Überwindung von Hartz IV ein. Mit dieser Handreichung möchten wir unter anderem darüber informieren, wie Sie sich rechtlich zur Wehr setzen können, welche Ansprechpartner/innen es auf lokaler Ebene gibt oder wie eine effektive Öffentlichkeitsarbeit gegen Hartz IV koordiniert werden könnte.

Auch wenn die nachfolgenden Ausführungen sicherlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben, hoffen wir, Ihnen ein nützliches Hilfsmittel an die Hand zu geben. Wir würden uns freuen, wenn Sie die vorliegende Handreichung in möglichst großem Umfang verbreiten – sei es in entsprechenden Initiativen und Verbänden oder an weitere interessierte BürgerInnen.

LAUFENDE AKTIONEN

Neue Volksinitiative gestartet. Unterschreiben Sie

NAZIS RAUS

AUFSTEHEN GEGEN HARTZ IV

3. Gemeinsame Brandenburger Demonstration der „Sozialen Bewegung Land Brandenburg“
Samstag, den 29. März 2008 in Potsdam am Luisenplatz (Brandenburger Tor).
Beginn: 14:00 Uhr mit Tobias Pflüger, Dr. Dagmar Enkelmann und Prof. Peter Grottian --> Bilder

Wir helfen Ihnen mit Informationen und Material bei Problemen mit ALG II. Auch ➝ AUF DEN FOLGENDEN SEITEN finden Sie hilfreiche Informationen.

aktualisiert: 07.03.2008

MITMACHEN UND VERÄNDERN

Fertig

Vielen Dank!